

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Jahrgang 53 – Folge 35

Erscheint wöchentlich
Postvertriebsstück. Gebühr bezahlt

31. August 2002

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

C 5524

DIESE WOCHE:

Leitartikel

Kandidatenduell Teil I

Viel gebracht hat es nicht, das erste Kanzlerkandidatenduell der deutschen TV-Geschichte: dem Unionskandidaten einen leichten Punktsieg, aber keine entscheidenden Vorteile, dem Publikum einige interessante Eindrücke, aber keine wirklich neuen Erkenntnisse. **Seite 2**

Kultur

Reif für die Insel

In den Sommermonaten zieht es Tausende von Touristen in die Ferne. Viele verbringen ihren Jahresurlaub auf einer Insel im Süden oder im Norden. Auch in der Vergangenheit hat es immer wieder Reisende auf eine Insel gezogen, sei es aus Abenteuerlust, sei es auf der Suche nach Ruhe und Abgeschiedenheit. Was ostpreussische Maler und Schriftsteller auf „ihrer“ Insel fanden, lesen Sie auf **Seite 12**

Geschichte

Offene Denkmäler

Am Sonntag, dem 8. September, findet in Deutschland zum elften Mal der „Tag des offenen Denkmals“ statt. An jenem Tag, der unter dem Motto steht „Ein Denkmal steht selten allein“, haben die Bürger bundesweit die Möglichkeit, auch gewöhnlich verschlossene Denkmäler zu besichtigen.

Hintergrund

Wasserkraft

Im zweiten Teil der Serie „Neue Energien“ zeigt R. G. Kerschhofer die Widersinnigkeit „grüner“ Politik am Beispiel der Haltung gegenüber der Nutzung der Wasserkraft für die Gewinnung elektrischen Stromes. Obwohl sie emissionsfrei ist, wird die rentable Nutzung dieser Energiequelle unter anderem mit Unterstützung der EU systematisch torpediert. **Seite 24**

BM

Ab sofort erfüllen wir
alle Ihre Literatur-,
Musik- & Filmwünsche.

**Preussischer
Mediendienst**

Parkallee 86
20144 Hamburg
Telefon: 0 40 / 41 40 08 27
Telefax: 040 / 41 40 08 58



Wieder an der Neuen Wache

Die Standbilder der großen Heerführer der Befreiungskriege Gerhard Johann David von Scharnhorst und Friedrich Wilhelm Graf Bülow von Dennewitz sind an die Neue Wache in Berlin zurückgekehrt. Seit dem 18. Juni 1822 hatten die von Karl Friedrich Schinkels Schüler Christian Daniel Rauch geschaffenen Marmorstatuen die Wache flankiert. Im Mai 1950 hatte die DDR-Führung die Statuen entfernen lassen. (Ausführlicher Bericht auf S. 13.) Foto: Berliner Zeitung

Zwangsarbeiter:

Kanzler verhöhnt Opfer

Schröder läßt Delegation am Tor stehen / Von Hans HECKEL

Bundeskanzler Schröder hat sich geweigert, eine Resolution des „Arbeitskreises Deutsche Zwangsarbeiter“ (AKDZ) vergangene Woche in Berlin entgegenzunehmen. Nicht einmal ein Abgesandter des Kanzleramtes war für die Opfervertreter, unter ihnen zahlreiche ehemalige Zwangsarbeiter, zu sprechen. AKDZ-Sprecher Rudi Pawelka übergab die Resolution daraufhin einem wachhabenden Grenzschutzbeamten am Tor des Gebäudes

In der Resolution fordert der AKDZ u. a. eine „Entschädigung in Form einer humanitären Geste als Würdigung ihrer Leiden“ an die deutschen Zwangsarbeiter. Der Arbeitskreis, dem neben der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) acht weitere Landsmann-

schaften sowie der „Bund der stalinistisch Verfolgten“ angehören, hat aus der Millionenzahl der Betroffenen bereits rund 100.000 Einzelschicksale erfaßt. Im Unterschied zu den Zwangsarbeitern des NS-Regimes hätten rund 500.000 noch lebende Betroffene bislang keine angemessene Entschädigung erhalten. Sie sind sogar deutschen Nichtbetroffenen gegenüber im Nachteil, da sie im Lager keine Rentenansprüche erwerben konnten wie ihre in Freiheit befindlichen Landsleute.

Den Kanzler schert dies alles offenbar wenig. Auf schriftliche Anfragen hat die Bundesregierung mit zum Teil hanebüchenen Ausflüchten reagiert. Etwa jener, wie Rudi Pawelka in Berlin ausführte, daß das Schicksal der deutschen

Zwangsarbeiter „im NS-Unrecht seine Wurzeln habe“ und ihre Entschädigung „die versöhnliche Geste durch den Entschädigungsfonds für NS-Opfer relativiere“. Auf diese Weise werden deutsche Opfer, die Rede ist von mindestens 1,6 Millionen, pauschal für das NS-Regime in Haftung genommen. Zahllose unter ihnen waren Kinder im Alter von zehn, zwölf Jahren. Auch wendet Berlin ein, daß die damals Drangsalierten heute in die „Gesellschaft integriert“ seien und keine Hilfe mehr benötigten. Seelische und körperliche Spätfolgen werden ignoriert, zudem werden NS-Opfer trotz „Integration“ selbstverständlich entschädigt.

Siehe Beitrag auf Seite 5

Hochwasser: Dank an die Jugend

Engagement und voller Einsatz statt Spaß und »Null Bock«

Das ist sie also, Deutschlands Jugend 2002: Was wir in den letzten zwei Wochen in dramatischen Bildern von den Deichen der Elbe zu sehen bekamen, hatte nichts zu tun mit Null-Bock- und Spaß-Generation, mit Drogen-Freaks und Drückebergern. Das waren Tausende junger Leute, die sich engagierten, die anpackten, die sich, oft bis zur totalen Erschöpfung, in die Pflicht nahmen. Junge Dresdnerinnen, die ganz selbstverständlich meinten: „Das ist unsere Stadt, die können wir doch nicht einfach so in der Flut versinken lassen!“ Junge Soldaten, die gar nicht erst von ihren Vorgesetzten „motiviert“ zu werden brauchten: „Das ist jetzt unser Deich, den wollen wir schützen!“ – Diese jungen Leute bewegten die ganze Nation, gaben uns allen Hoffnung, daß wir die Folgen dieser Katastrophe meistern können. Was der Bundespräsident, der Kanzler und der Kanzlerkandidat in ihren



„Das ist unser Deich“: Mit berechtigtem Stolz berichten Bundeswehrsoldaten, wie ihre jungen Soldaten sich für den harten Katastropheneinsatz selber motiviert haben. Foto: BMVg

Appellen an nationaler Solidarität zu Recht angemahnt haben, die zivilen und uniformierten Helfer haben es in vorbildlicher Weise bereits vorgelebt. Die große Flut,

sie hat viel Leid gebracht und viel Aufbauarbeit für die nächsten Jahre. Sie bedeutet aber auch ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Bundeswehr. **H. J. M.**

Kommentar

Sinnloser Gipfel

Die Treibhausgase: Wollten die Europäer ihren Ausstoß wie im Protokoll von Kyoto vorgesehen um acht Prozent bis 2010 verringern, würde die Temperatur des Weltklimas um 0,15 Grad weniger ansteigen – lohnt sich das? Die Kosten lägen bei rund 150 Milliarden Euro. Dieselbe Summe in die Dritte Welt investiert, würde nach Unicef-Angaben unmittelbare und konkrete Ergebnisse zeitigen. Man sagt uns, die Temperatur würde bis zum Ende des Jahrhunderts um 4,5 Grad steigen. Man sagt uns nicht, daß sie vielleicht nur um 1,5 Grad ansteigt. Und man sagt auch nicht, daß der Anstieg eine Verdoppelung des Ausstoßes an Treibhausgasen voraussetzt. Man sagt uns, daß die Ablösung riesiger Eisblöcke in der Antarktis mit der Erderwärmung zusammenhänge. Man sagt uns nicht, daß schon im November 1956 eine dreimal so große Eismasse sich in der Antarktis gelöst hatte, der Winter 2000 am Südpol aber zu den kältesten gehörte, seit dort Temperaturen gemessen werden.

Das Ozonloch: Man sagt uns, daß die Ozonlichte in der Erdatmosphäre um die Hälfte zurückgegangen ist, aber man sagt uns nicht, daß dies jedes Jahr geschieht und daß die Ozonschicht sich auch jedes Jahr zum größten Teil wieder regeneriert. Man sagt uns, die Zerstörung des Ozons hätte mit dem Fluorkohlenmonoxid zu tun, das in Kühlschränken und Haarspraydosen verbraucht werde. Keiner fragt sich, warum das Ozonloch dann gerade über dem Südpol gesichtet wird, wo doch die Wahrscheinlichkeit, daß dort besonders viele Kühlschränke oder Spraydosen gebraucht werden, ziemlich gering ist. Man sagt uns, daß die Verdünnung des Ozons die Durchlässigkeit von ultravioletten Strahlen begünstigt, die wiederum Hautkrebs verursachen. Man muß sich fragen, warum dann die Spanier nicht mehr Hautkrebs haben als die Schotten, denn die ultraviolette Strahlung ist in Iberien doppelt so intensiv wie 15 Breitengrade höher in Großbritannien.

Der saure Regen: 1983 stießen die Grünen den Alarmschrei aus, Dioxin käme als saurer Regen auf unsere Wälder herab und würde sie zerstören. Sie sagten uns nicht, daß es 419 bekannte Dioxin-Arten gibt und nur 17 davon giftig sind. Und sie verschwiegen auch, daß bei Vulkanausbrüchen oder Waldbränden sehr viel mehr Dioxin freigesetzt wird als durch die Industrie. Abgesehen davon weiß man heute, daß nicht fast die Hälfte unserer Wälder stirbt,

Fortsetzung auf Seite 2

Arbeitswoche eines Bundestagsabgeordneten in Berlin am Beispiel von Martin Hohmann (CDU):

Am 22. September sollen wir also zur Wahlurne schreiten und unsere Stimme abgeben. Doch wozu die Anstrengung? Zugegeben, unsere Vorfahren haben für das Privileg, die uns Regierenden selber auszuwählen, lange gekämpft. Doch so mancher fragt sich, was wir eigentlich davon haben. Nicht, daß unser staatliches System an sich angezweifelt würde, aber die heutigen Repräsentanten unserer Demokratie überzeugen den Durchschnittsbürger nicht allzu sehr.

Politiker reden viel, tun nichts, pflegen ihren Wanst und ihre eigenen Interessen, haben keine Ahnung von irgend was, sind weltfremd, nicht vertrauenswürdig und maßlos überbezahlt – so oder so ähnlich sieht das (Zerr-)Bild des Politikers in der deutschen Öffentlichkeit aus. Und dies dürfte wohl auch ein gewichtiger Grund dafür sein, daß viele Wahlberechtigte die Gunst, ihre Abgeordneten zu wählen, nicht nutzen. Der Durchschnittsbürger hat den Eindruck, daß die hohen Herren in der Politik ihr Geld schlichtweg nicht wert sind.

Doch was ist dran an dieser allgemeinen Politikerverdrossenheit? Wer kann Genaueres über die Aufgaben und Aktivitäten eines Abgeordneten berichten? Die Presse? Nur bedingt, denn auch sie hat nur in bestimmte Bereiche der Politik Einblick – und nimmt auch da vorzugsweise die negativen, kritikwürdigen Dinge wahr. Man müßte einem unserer Volksvertreter einmal direkt auf die Finger schauen, einen Blick hinter die Kulissen des im Fernsehen so oft gezeigten Plenums des Deutschen Bundestages werfen können. Genau dies ermöglichte mir der hessische Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann (CDU). Eine Sitzungswoche lang konnte ich ihn begleiten und so den Alltag eines MdB kennenlernen.

Da nur ungefähr die Hälfte der 52 Wochen im Jahr Sitzungen in Berlin sind – die verbleibende Zeit ist der Arbeit im Wahlkreis zugedacht –, wurde eine für die Arbeit eines Abgeordneten repräsentative Sitzungswoche ausgewählt.

Und so mache ich mich auf in das Zentrum der Macht, die Bundeshauptstadt Berlin. Doch

schon an der Pforte zu den Abgeordnetenbüros Wilhelmstraße 68a werde ich gestoppt, denn aus Gründen der Sicherheit kommt dort noch lange nicht jeder herein. So muß ich warten, bis ich abgeholt werde. „Mein“ Abgeordneter nimmt sich aber sofort meiner an und erzählt zunächst ein wenig zu seiner Person und über das Programm der nächsten vier Tage. Sein wissenschaftlicher Assistent, Gunnar Digutsch, gibt mir weitere Informationen.

Am frühen Abend begleite ich Martin Hohmann zum Treffen der CDU-Landesgruppe Hessen im Gebäude der hessischen Landesvertretung nahe dem Potsdamer Platz. Die hessische CDU hat 17 Abgeordnete im Bundestag, von denen allerdings nur vier direkt gewählt sind und die anderen erst dank der Zweitstimme über die Landesliste in den Bundestag gelangt sind. Dieses nicht gerade glorreiche Ergebnis will die CDU dieses Jahr selbstverständlich nicht wiederholen, und so wird über Möglichkeiten der Wählerakquise diskutiert.

Politik wird hauptsächlich in den Ausschüssen gemacht

Martin Hohmann ist vom Wahlkreis Fulda in den Bundestag entsandt worden. Er ist einer von den vier direkt Gewählten, und seine Gelassenheit läßt darauf schließen, daß er seine Chancen der Wiederwahl nicht allzu schlecht einschätzt. Aber auch bei den anderen Abgeordneten ist die Stimmung gut. Sie glauben an einen Wahlsieg der bürgerlichen Parteien.

An diesem Abend besucht Michael Spreng, der Wahlkampfmanager und Medienberater des Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber, die hessischen Parteifreunde. Er beantwortet Fragen, bittet um Ideen und Ratschläge, wie das gesteckte Ziel auch sicher zu erreichen ist. Die Abgeordneten haben gegenüber dem hohen Besuch aus München keine Berührungängste. Nach über drei Stunden, als der Gast diese Berliner Runde verlassen muß, ist die Liste der Wortmeldungen immer noch nicht abgearbeitet.

Am nächsten Tag trifft sich am frühen Vormittag die CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Innenausschuß“. Die Atmosphäre dort ist überraschend locker. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Erwin Mar-

Ausschüsse

meist liegen zu demselben Thema mehrere Gesetzentwürfe oder Anträge vor. So reicht beispielsweise die SPD einen neuen Entwurf zum Waffengesetz ein, und die CDU kontert mit einem eigenen Konzept. In den Ausschüssen besteht nun die Möglichkeit, sich in Diskussionen einander anzunähern und so nur die 40 Mitglieder im Innenausschuß anstelle aller 666 Bundestagsabgeordneten zu beschäftigen. Wenn der Gesetzentwurf dann im Plenum zur Abstimmung vor alle Abgeordneten kommt, ist er zumeist schon vorher im entsprechenden Ausschuß umgearbeitet worden.

Der Petitionsausschuß hat eine Sonderstellung inne. Jeder Bürger hat laut Artikel 17 im Grundgesetzbuch das Recht, Bitten und Beschwerden an den Bundestag zu senden, die dann vom Petitionsausschuß beraten werden, der wiederum daraufhin dem Bundestag monatlich Berichte in



Foto: Keystone

schewski, leitet die Sitzung munter, aber bestimmt. Kaffeepause? Gibt es nicht! Was besprochen werden muß, wird besprochen, denn schließlich muß man für die bevorstehende Sitzung des Innenausschusses, zu der alle im Bundestag vertretenen Parteien anteilig Abgeordnete entsenden, vorbereitet sein. Einige Abgeordnete haben viel zu sagen, einige halten sich im Hintergrund. Die verschiedensten deutschen Dialekte sind zu hören, was zwar das Zuhören ein wenig erschwert, dem ganzen aber auch einen besonderen Charme verleiht und belegt, daß hier Menschen aus allen Regionen Deutschlands sitzen. Am Ende der Diskussionen fragt Marschewski, wer denn am nächsten

Tag gern im Plenum zum gerade wieder mal anstehenden Thema „Antisemitismus“ reden möchte. Ich fühle mich ein wenig an die Schule erinnert, wenn der Lehrer fragt, ob jemand freiwillig ein Referat halten möchte. Auch hier ist die Begeisterung verhalten. Der eine will nicht, der andere kann aus Termingründen nicht, der Dritte hat genug von diesem Thema, der Vierte hingegen meint, die Redezeit sei viel zu knapp, um alles zu sagen, was er zu diesem Thema zu sagen hätte. So bleibt die Frage, wer sprechen wird, vorerst ungeklärt.

Sofort geht es weiter, denn die CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Petitionsausschuß“ wartet. Sie ist allerdings nicht so gut besucht wie die Arbeitsgruppe „Innenausschuß“. Im Schnelldurchlauf werden alle Punkte besprochen, dann reicht die Zeit gerade für eine eilige Mahlzeit in der hausinternen Mensa. Martin Hohmann eilt zum nächsten Termin. Hier kann ich allerdings nicht mit hin, und so habe ich Gelegenheit, mir von Gunnar Digutsch die Gebäude zeigen zu lassen.

Die Abgeordnetenbüros sind alle überirdisch und unterirdisch miteinander und mit dem Reichstagsgebäude verbunden. „Hier ist dies, und hier ist jenes“, höre ich nur, merke, wie ich die Orientierung verliere und die Füße zu schmerzen beginnen. Mir drängt sich die „ketzerische“ Frage auf, ob die Abgeordneten Kilometergeld für die zu bewältigenden Fußmärsche erhalten.

Fraktionssitzung! Hier dürfen nur die Abgeordneten teilnehmen. Selbst die engsten Mitarbeiter haben keinen Zutritt. Vor den Sitzungssälen der verschiedenen Fraktionen im Reichstagsgebäude drängeln sich die Journalisten. Die Meute ist besonders wild darauf, von der FDP etwas zu erfahren – Jürgen Möl-

lemann hat gerade mal wieder auf sich aufmerksam gemacht. Aber auch von Angela Merkel und Friedrich Merz wollen die Journalisten Aussagen zu aktuellen Themen.

Zwar bin ich als Mitarbeiterin des Ostpreußenblattes / Preußische Allgemeine Zeitung ebenfalls „Presse“ – in diesem Moment bin ich aber ganz froh, mich nicht auf die mit den Fahrstühlen zu den Fraktionsräumen hinauffahrenen Abgeordneten stürzen zu müssen. Aus sicherem Abstand beobachte ich die eintreffenden Politiker, erkenne bekannte Gesichter, sehe aber auch viele unbekannte (das sind wohl die legendären „Hinterbänkler“). Amüsiert stelle ich fest, daß Norbert Blüm sich in natura genauso verhält, wie man ihn vom Fernsehen her kennt, während Wolfgang Thierse, der ein wenig verspätet zur Fraktionssitzung der SPD eilt, eher wie ein verwirrter Professor wirkt.

Es summt wie in einem Bienenkorb, die vielen Politiker aller Parteien, die Journalisten und das Sicherheitspersonal wuseln durcheinander. Es liegt eine gewisse Spannung in der Luft, und ich denke „Streß“. Doch dann schließen sich die Türen zu den Fraktionsräumen, die Journalisten schalten ihre Kameras und Tonbandgeräte aus, legen die Mikrofone und Schreibgerät weg und fragen sich, ob sie nach den Sitzungen bessere Informationen erbeuten können.

Der Mittwochmorgen beginnt gleich mit dem Petitionsausschuß. Die insgesamt 187 Petitionen, zu denen sich die Berichterstatter der verschiedenen Parteien einig waren, werden gar nicht mehr erwähnt. Die verbleibenden zehn Bittschriften werden kurz besprochen. Da die jeweiligen Be-

Fortsetzung auf Seite 4

In dieser 14. Wahlperiode des Bundestages gibt es 23 ständige Ausschüsse wie Rechtsausschuß, Finanzausschuß, Ausschuß für Gesundheit, Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union. Jeder Abgeordnete ist Mitglied in mindestens einem der Ausschüsse, die als vorbereitende Beschlußorgane des Bundestages anzusehen sind. Martin Hohmann beispielsweise ist Mitglied im Innenausschuß und Petitionsausschuß und ist zudem stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuß.

Die Ausschüsse, in denen von jeder im Bundestag vertretenen Partei Abgeordnete sind, sind grundsätzlich nicht für die Öffentlichkeit zugänglich. Man erhofft sich dadurch mehr Nüchternheit und Sachbezogenheit. Zudem können die Abgeordneten freier diskutieren, ohne sich gleich öffentlich festzulegen. Zu-

Fortsetzung von Seite 3

richterstatte in der Materie drin sind, ist es schwer, den verschiedenen Themen zu folgen. Mal geht es um ein Gesuch der Innung des Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerhandwerks zur Verbesserung der Durchsetzung ihrer Forderungen, mal um einen Antrag ausgewiesener Armenier zur Wiedereinreise nach Deutschland. Die Themengebiete sind sehr vielfältig, die Meinungen der Parteien ebenfalls.

Dennoch ist die Sitzung des Petitionsausschusses schnell beendet, und es bleibt sogar eine halbe Stunde Zeit bis zum Beginn des Innenausschusses. Hohmann holt aus seinem Leinenbeutel eine Wurststulle hervor und verspeist sie schnell auf den Gängen des Paul-Löbbecke-Hauses. In der Zwischenzeit betrachte ich das Gebäude. Hoch, graue Betonwände, viel Glas, imposant, wohl auch ziemlich praktisch, aber schön?

Weiter zur Innenausschuß-Sitzung. Hier herrscht wieder eine gewisse Spannung, denn was hier entschieden wird, betrifft nicht nur einzelne Petenten, sondern die ganze Nation. Als erstes steht der Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf der Tagesordnung. Die ablehnende Haltung der CDU/CSU wird schon hier deutlich, aber da hier noch keine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit notwendig ist, geht der Entwurf schließlich mit einfacher Mehrheit eine Entscheidungsebene weiter, ins Plenum.

Im Ausschuß werden nun Gesetzentwürfe zu den unterschiedlichsten Themen von Jugendschutz, Verbraucherschutz, Gewerbeordnung, Geldwäsche, EU, Globalisierung, Steuern und vielem mehr angesprochen, bei Bedarf diskutiert und dann per Abstimmung abgelehnt, vertagt oder ans Bundestagsplenum weiterge-

Länder fliegt. Es geht um Änderungen des Waffengesetzes; der Innenpolitiker aus Hessen soll hier die Position der Bundes-CDU vertreten.

Ich besuche in der Zwischenzeit die Frage- und Antwortstunde des Deutschen Bundestages. Im Plenarsaal befinden sich nur ganz wenige Abgeordnete. Die heute aufgerufenen Fragen sind offenbar so unbedeutend, daß die weitaus meisten Abgeordneten es vorgezogen haben, sich anderen Dingen zuzuwenden. Dem schließe ich mich an.

Häufig ist zwischen den einzelnen Sitzungen keine Zeit für Pausen

Zurück im Büro Hohmann schaue ich dem Assistenten Digutsch und der Sekretärin Elke Freier bei der Arbeit zu. Beide sind eifrig am Schreiben und arbeiten so dem Abgeordneten zu, der zwischen all den Sitzungen nicht viel freie Zeit für seine Korrespondenz hat. Schnell wird klar, daß gerade hier mitdenkendes, gut organisierendes Personal unerlässlich ist.

Am Nachmittag ist dann die „Antisemitismus-Debatte“ im Plenum, das nun allerdings recht gut gefüllt ist. Besonders die FDP ist, anteilig betrachtet, sehr stark vertreten. Die Ober-Liberalen Wolfgang Gerhard und Guido Westerwelle äußern sich zu dem Thema, während die SPD und die Grünen nur kleinere Parteigrößen antreten lassen, die dafür aber „ordentlich auf den Putz hauen“. Ich halte es da eher mit dem CDU-Abgeordneten Schäuble, der zutreffend meint, man habe in diesem Lande doch Wichtiges zu tun, als mit den Formulierungen des Herrn Möllemann wertvolle Zeit zu vergeuden.

müssen erst noch mit Hilfe des Assistenten Hohmanns kritische Worte zu den Unstimmigkeiten des Waffengesetzes formuliert und versandt werden. Erst als dies vollbracht ist, entspannen sich Hohmanns Gesichtszüge wieder. Jetzt, mit eineinhalb Stunden Verspätung, nach Beginn des Sommerfestes, kann man sich nach getaner Arbeit endlich auf dem Sommerfest vergnügen.

Irrtum! Kaum angekommen, rieche ich hungrig das Essen, allerdings gehen wir schnurstracks daran vorbei, denn es müssen erst noch wichtige Hände geschüttelt werden. Zuerst begrüßt Hohmann selbstredend seinen Landeschef Roland Koch, ich folge ihm wie ein Schatten: kurze Vorstellung, „Guten Abend, Herr Ministerpräsident“, weiter zum nächsten Händeschütteln. Es ist anstrengend, die vielen Personen einzuordnen. Kaum habe ich mich versehen, werde ich in ein Gespräch einbezogen, wozu ich aber, um ehrlich zu sein, nicht viel beizutragen habe. Ich blocke einfach ab. Dabei wird mir bewußt, daß auch dies ein Teil des Politikeralltags ist. Während ich mir nämlich den Luxus leisten kann, mich einfach nicht am Gespräch zu beteiligen, hat ein Politiker diese Möglichkeit. Egal worum es gerade geht, er kann nicht abschalten, er muß ständig am Thema bleiben, muß sich für die an ihn herangetragenen Belange der Bürger interessieren – das ist sein Auftrag, dafür ist er gewählter Volksvertreter!

Während ich mich solchen Betrachtungen hingebe, geht es dann doch noch ans Buffet, das allerdings zu meinem Bedauern inzwischen schon ziemlich leergeräubert ist.

Am folgenden Tag, dem letzten dieses Besuchs in der Hauptstadt, kann Martin Hohmann sich leider nicht soviel Zeit für mich nehmen. Denn es gibt eben auch viele Türen, durch die nur die Abgeordneten alleine gehen dürfen. „Normalsterbliche“ haben draußen zu bleiben; „nichtöffentliche Sitzung“ heißt das offiziell.

Zum Gespräch der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der thüringischen Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Dagmar Schipanski, die zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der Kultusministerkonferenz ist, kann ich Hohmann dann wieder begleiten.

Harmut Koschyk, Vorsitzender der Arbeitsgruppe, befindet, daß die Geschichte der Vertreibung der Deutschen fester Bestandteil des Geschichtsunterrichts in den Schulen werden solle. Vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union sei es unabdingbar, die eigene Geschichte zu kennen und zu reflektieren. Die Vertreibung der Deutschen sei eben ein Teil dieser Geschichte, der nicht ausgeklammert werden dürfe.

Dagmar Schipanski stimmt dem zu, stellt aber fest, daß die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte im Schulunterricht in den einzelnen Bundesländern

sehr unterschiedlich in Inhalt und Intensität erfolge. Während einige Bundesländer das Thema allenfalls anrissen, habe das Land Baden-Württemberg eine ganz neue Konzeption „Flucht und Vertreibung der Deutschen“ für den Schulunterricht erstellt. In diesem



Zusammenarbeit: Martin Hohmann (r.) und sein Landeschef, der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) Foto: privat

Konzept würden umfangreiche Materialien für Lehrer und Schüler sowie für die breite Öffentlichkeit ausgearbeitet, wobei vor allen Dingen auf neue Medien wie Datenträger, insbesondere das Internet, zurückgegriffen werde. Frau Schipanski verspricht, das Thema bei der nächsten Kultusministerkonferenz anzusprechen, und so geht man guter Dinge und hoffnungsvoll auseinander.

Auffallend ist bei dieser Sitzung, daß die Abgeordneten gegenüber Frau Schipanski einen gewissen Distanz wahren. Der große Respekt vor ihrer Persönlichkeit und wohl auch ihrer Position ist geradezu spürbar. Immerhin ist sie ja auch Mitglied des Präsidiums der CDU und hat auf der letzten Bunderversammlung gegen Johannes Rau für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert.

Nach dieser Arbeitsgruppe widmet sich Hohmann seiner Korrespondenz, bis es dann am frühen Abend zu einem Essen mit dem Herausgeber der Zeitschrift „Der Selbständige“, Joachim Schäfer, geht. Digutsch und ich begleiten ihn. Es ist eine recht lockere Runde, fast mit „Stammtischatmosphäre“, bei der aber immer wieder auch ernsthafte Themen angesprochen werden. Mit diesem Abend klingt mein Berlin-Aufenthalt aus.

Vier Tage lang durfte ich nun ein wenig „Politik-Luft“ atmen, jene Luft, die für unsere derzeit 666 Bundestagsabgeordneten und ihre vielen Mitarbeiter Alltag bedeutet. Ich habe die Politiker in Aktion erlebt und mußte einige meiner vorherigen Vorstellungen revidieren. Zwar habe ich die schlimmsten

Vorurteile auch früher schon für überzogen und unrealistisch gehalten. Dennoch war ich als junge Frau irgendwie auf einen langweiligen, drögen Altherrenclub in grauen Anzügen gefaßt. Die Politiker, die ich an diesen Tagen in Berlin kennenlernen und bei ihrer Arbeit beobachten konnte, waren ganz anders.

Zum Beispiel Martin Hohmann, Jahrgang 1948, Vater von drei Kindern, im Alter von 13 bis 21 Jahren, ein offener und freundlicher Mann, der sich auch mal über Politiker amüsieren kann, die sich selber für zu wichtig halten. Seine Aufgabe hingegen nimmt er äußerst wichtig, wobei ich den Eindruck hatte, daß er sich manchmal fast zu eifrig in seine Arbeit stürzt; Privatleben und Familie kommen da einfach zu kurz. Aber das scheint das Schicksal aller Politikerfamilien zu sein.

Die Abgeordneten, die ich kennengelernt habe, haben mich zu meist positiv überrascht. Auch zeigte sich, daß unsere Politiker gar keine Zeit zum Faulenzen haben. Das, was der Bürger im Fernsehen sieht, nämlich die Reden im Plenum, machen nur einen kleinen Teil der Arbeit eines Bundestagsabgeordneten aus. Die meiste Arbeit findet hinter den Kulissen in Arbeitsgruppen oder Sitzungen statt. Abgesehen davon gibt es ja auch immer noch die Arbeit im heimischen Wahlkreis.

Von den negativen Seiten des politischen Geschäfts habe ich in diesen Tagen zwar nichts gesehen, doch will ich deswegen nicht ausschließen, daß es diese gibt.

Am 22. September sollen wir also zur Wahlurne schreiten und unsere Stimme abgeben. Die Entscheidung, ob man die Arbeit der uns derzeit Regierenden gut findet und sie im Amt bestätigen will oder ob man die Gegenentwürfe der Opposition vorzieht und daher deren Kandidaten ins Kanzleramt befördern will, muß jeder Bürger für sich selber treffen. Eines sollte man dabei aber nicht außer acht lassen: Sie alle, die uns, das Volk, da in Berlin vertreten, tun einen anstrengenden, aufreibenden und anstrengenden Job. Sie sind natürlich nicht fehlerfrei. Auf jeden Fall aber sind sie – trotz Bonusmeilen- und sonstigen Affären – besser als ihr von Politikerverdrossenheit bestimmter Ruf.

Schon deshalb weiß ich, was ich am 22. September zu tun habe: zur Wahlurne schreiten und meine Stimme abgeben. ■



Vertreibung thematisiert: Erika Reinhardt MdB (v. l.), Helmut Sauer, Prof. Dr. Erika Schuchardt MdB, Christa Reichard MdB, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, Hartmut Koschyk MdB, Erika Steinbach MdB, Anita Schäfer MdB, Marion Seib MdB und Martin Hohmann MdB

leitet. Die noch recht junge Ute Vogt, Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, leitet die Sitzung, bei der es teilweise recht temperamentvoll hergeht. Häufig stimmen SPD, Grüne und PDS gegen CDU/CSU und FDP – und umgekehrt. Der Antrag der PDS, die Gehälter im öffentlichen Dienst im Osten bis 2007 auf Westniveau zu heben, wird von allen anderen abgelehnt, die CDU/CSU reicht aber einen Antrag mit dem gleichen Ziel, der ein Jahr zuvor abgelehnt wurde, erneut ein, den nunmehr die PDS ablehnt. Vermutliche Begründung: Unterschiedliche Argumentationen und natürlich unüberbrückbare Parteigrenzen!

Martin Hohmann begibt sich zum Hubschrauber, mit dem er zur Innenministerkonferenz der

Als der Grünenpolitiker Cem Özdemir bei seinem Wortbeitrag anfängt, mit der Faust auf das Rednerpult zu hauen, und nach dem angeblich neu erstarkten Antisemitismus nun auch noch Antisemitismus in Deutschland erkennen will, wird es mir zu bunt. Ich verlasse den Bundestag, nicht ahnend, daß Özdemir dies bald auch tun wird, wenn auch in völlig anderem Sinne.

Wieder im Abgeordnetenbüro angekommen, treffe ich auf Martin Hohmann, der gerade aus Bremerhaven zurück ist und nun schnell noch eine Presseerklärung zu den Ergebnissen der Innenministerkonferenz verfaßt. Eigentlich sollten wir bereits um 18 Uhr zum Sommerfest der hessischen Landesregierung gegangen sein, doch

»Abspeckkur«

Am 22. September werden einige der 666 Bundestagsabgeordneten mitsamt ihren Mitarbeitern ihre Büros räumen und sich nach einer neuen Beschäftigung umsehen müssen. Der Grund für diesen Zwangsauszug hängt nicht nur von den Wahlergebnissen an sich ab, sondern auch von der Tatsache, daß in der 15. Wahlperiode der Bundestag eine Schlankheitskur durchmachen wird, und zwar werden von da ab nur noch 598 Abgeordnete ihren Arbeitsplatz im Bundestag haben. Diese „Abspeckkur“ soll den Bundestag bezahlbarer machen, denn immerhin bekommt ein Bundestagsabgeordneter monatlich zu versteuernde 6.859 Euro und 3.417 Euro Kostenpauschale für beispielsweise den Zweitwohnsitz in Berlin, Büromiete im Wahlkreis und Portokosten. Zudem übernimmt der Bund die Kosten für das Personal in Höhe von bis zu 7.500 Euro. Hier sollte allerdings erwähnt werden, daß davon zumeist ein wissenschaftlicher Assistent, Sekretärin in Berlin und häufig auch eine Sekretärin im Wahlkreis bezahlt werden müssen, was die scheinbar hohe Summe an sich wieder relativiert. Eine Änderung der sowieso nicht mehr die reale Bevölkerungssituation widerspiegelnden Wahlbezirke wurde schon zu Beginn der Legislaturperiode veranlaßt, und ermöglicht diese Minimierung der Zahl der Bundestagsabgeordneten.

Berlin:

Die Würde wiederherstellen

»Arbeitskreis Deutsche Zwangsarbeiter« appelliert an Regierung / Von Hans HECKEL

Es sei für ihn „ein Stich ins Herz, daß man über deutsche Zwangsarbeiter nicht spricht“, gesteht Rudi Pawelka zu Beginn der Pressekonferenz des »Arbeitskreises Deutsche Zwangsarbeiter« (AKDZ) vergangene Woche in Berlin. Zu diesem Zeitpunkt ist bereits bekannt, daß Bundeskanzler Schröder (SPD) die Resolution der Opfervertreter nicht persönlich entgegennimmt. Daß nicht einmal ein untergeordneter Kanzleramtsbediensteter für sie zu sprechen sein wird, das kann sich zu diesem Zeitpunkt wohl auch Pawelka nicht vorstellen.

Die deutschen Zwangsarbeiter sind es gewohnt, nur leise oder gar nicht von ihrem Schicksal zu reden. Sie haben erfahren, wie sie von Nachgeborenen beschimpft wurden, sie wollten das NS-Unrecht „relativieren“. Die alten Menschen haben erlebt, wie sie, die Opfer, auf diese Weise naßforsch zu Tätern umdefiniert wurden. Sie haben gelernt zu schweigen.

Aber sie wollen jetzt nicht mehr schweigen. Für viele der angereisten Medienvertreter dürften die Berichte über deutsches Leid ziemlich neu gewesen sein. Sie waren für eine Pressekonferenz vorrangig von Vertriebenenverbänden erstaunlich zahlreich erschienen. Bernhard Knapstein, Pressereferent der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), hatte die Veranstaltung mit viel Engagement vorbereitet.

Die LO dient auch als Erfassungsstelle für Betroffene aus Ost- und Westpreußen sowie Pommern. Darüber hinaus haben sich viele Ostpreußenblatt-Leser aus anderen Gebieten, etwa Rußlanddeutsche oder Sudetendeutsche, die einst zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren, bei der LO in Hamburg gemeldet.

Die Zahlen lassen das Ausmaß des Leidens erahnen. Allein eine halbe Million Opfer sind nach Schätzung des AKDZ bis dato



„Stich ins Herz“: AKDZ-Sprecher Rudi Pawelka (rechts, neben Sibylle Dreher/BdV) durfte die Zwangsarbeiter-Resolution nicht einmal einem untergeordneten Kanzleramtsbediensteten übergeben

nicht angemessen entschädigt worden. Die genaue Zahl der einst Verschleppten läßt sich kaum ermitteln. Laut Untersuchungen sind von den Deportierten 50 Prozent in den Lagern, den Fabriken und Kohlegruben umgekommen, so der AKDZ. Das übersteige sogar die Mortalität in den berüchtigten NS-Einrichtungen. Auch seien die deutschen Zwangsarbeiter jünger als die NS-Deportierten, zahllose waren noch Mädchen und Jungen vor der Pubertät.

Der AKDZ will nun erreichen, daß die vergessenen, verdrängten Opfer eine Entschädigung erhalten. Berlin solle die für die Zwangsarbeit verantwortlichen Staaten „anhalten, ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber den Betroffenen nachzukommen“, wie es in der Resolution heißt, zu deren Unterzeichnern auch der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, zählt. Gegebenenfalls solle die Bundesregierung selbst schnelle Hilfe leisten. LO-Pressereferent Knapstein mahnt vor allem eine rasche Überarbeitung des „Häftlingshilfegesetzes“ an.

Bei der derzeitigen Rechtslage würden gleiche Schicksale ganz unterschiedlich behandelt: „Bei manchen Opfern bekommt die eine Insassin desselben Lagers bereits Entschädigung, während ihre Lagergenossin leer ausgeht“, so Knapstein. Obwohl man die verantwortlichen Regierungen in Osteuropa nicht aus ihrer moralischen Pflicht entlassen will, bleibt gerade wegen solcher Gesetzeslücken Berlin Hauptadressat der Forderungen ehemaliger deutscher Zwangsarbeiter.

Der Arbeitskreis legt Wert darauf, daß die Altersversorgung der Opfer ohne Rücksicht auf ihr damaliges Alter ergänzt wird. Sonst würden jene, die damals noch Kinder waren, womöglich gerade aufgrund dessen leer ausgehen – da sie noch nicht alt genug gewesen sind, um Rentenansprüche zu erwerben. Überdies seien Kriegsgefangene, die wegen ihres Wohnsitzes (SBZ/DDR, Vertreibungsgebiete) keine Leistungen aus dem „Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz“ erhalten hatten, so zu entschädigen wie ihre Leidensgenossen in der alten Bundesrepublik.

Es gelte, so die Sprecher des AKDZ, sowohl eine sozialgesetzgeberische Lücke wie eine Gerechtigkeitslücke zu schließen. Die Würde der Menschen müsse durch die Debatte über ihr Schicksal wiederhergestellt werden. In der DDR etwa galten heimgekehrte Zwangsarbeiter als Straftäter. Wer heute noch in den Vertreibungsgebieten wohnt, erlebt, wie beispielsweise polnische ehemalige Zwangsarbeiter in seiner Nachbarschaft Entschädigung aus Deutschland erhalten, während sein Leidensweg in Berlin niemanden zu rühren scheint. Die Ausrede der Bundesregierung, solche Opfer würden ja auch von den allgemeinen Hilfen Deutschlands für die osteuropäischen Staaten profitieren, kann hier nur als kalte Mißachtung aufgefaßt werden.

Nach Berlin gekommen war auch eine Reihe Betroffener. Sie berichteten den Medienvertretern von den Lagern, vom Hungern, vom Sterben – und von der Angst. Nicht alle wurden in ferne Regionen deportiert. Hunderttausende erlebten ihr Martyrium in den Lagern Pommerns, Schlesiens oder Ostpreußens. Für Zahllose verwandelten die neuen Herren die eigene Heimat in eine Hölle.

Die ehemaligen Zwangsarbeiter erzählten aber auch von der Enttäuschung. Zum Skelett abgemagert kamen sie nach Westen, wo sich niemand sonderlich für ihr Schicksal interessierte. Andere kehrten in ihre östlichen Heimatgebiete zurück und erlebten die Enteignung und Entrechtung der Deutschen bis heute. Und viel zu viele, die all das überlebt haben, sind mittlerweile tot.

Dem AKDZ gehören neben der Landsmannschaft Ostpreußen auch die Landsmannschaften der Banater Schwaben, der Donauschwaben, der Schlesier, Oberschlesier, Pommern, Sudetendeutschen, die Landsmannschaft Weichsel-Warthe und der Bund stalinistisch Verfolgter an.

Ausgewählte Pressestimmen zur AKDZ- Resolution

„Die vergessenen Zwangsarbeiter. In Berlin hat niemand Zeit für Deutsche, die nach dem Krieg in sowjetische Lager verschleppt wurden: Am Mittwoch war im Bundeskanzleramt niemand abkömmlich. Die Resolution nahm schließlich ein Beamter des Bundesgrenzschutzes entgegen. Er sagte nur lakonisch: So etwas haben wir hier täglich.“

Frankfurter Allgemeine

„Von der Politik vergessen fühlen sich diese Menschen, die – obwohl zu jung – für Hitlers Verbrechen bestraft wurden. Sklavenarbeit ohne Entschädigung. Gezahlt hat niemand für ihre Leiden. Mit leeren Händen stehen die Zwangsarbeiter heute da, durchgefallen durch den Rost ... Eine symbolische Opferrente würde keine der erlittenen Schmerzen lindern, aber die Seelen befrieden. 50 Mark, schlägt jemand vor. Man rechnet noch in altem Geld. Banker würden von ‚Peanuts‘ sprechen.“

Westdeutsche Allgemeine

„Die Gerechtigkeit und die Lücke: Deutsche Zwangsarbeiter fordern jetzt Entschädigung“

Berliner Zeitung

„Anerkennung heißt das Stichwort. Und die Bundesregierung sollte sie gewähren. Den Opfern gebührt Respekt.“

Mainzer Allgemeine

„Hartmut Koschyk ging hart mit Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Gericht, weil die Resolution des Arbeitskreises Deutsche Zwangsarbeiter nicht durch einen Vertreter der Bundesregierung entgegen genommen worden sei. Den Vertretern der Opfer sei nichts anderes übrig geblieben, als ihr Anliegen einem Beamten des Bundesgrenzschutzes – dessen Aufgabe es ist, das Kanzleramt zu bewachen – zu übergeben.“

Frankenpost

Plötzlich wie die Flut kommt das Wort „National“ – ansonsten als „Unwort“ politisch korrekt gemieden – locker aus Politikermund. „Nationale Solidarität“ (Gerhard Schröder) oder ein „nationaler Kraftakt“ (Edmund Stoiber) seien notwendig, um die schrecklichen Folgen des Hochwassers zu bewältigen.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß sich Schröder und Stoiber nicht an die „Bevölkerung im Geltungsbereich des Grundgesetzes“ wenden, wenn es gilt, mit unerwarteter Not fertig zu werden. Nehmen wir zugunsten des Bundeskanzlers und des Kanzlerkandidaten an, daß ihre Formulierungen nicht taktischen oder gar wahltaktischen Überlegungen entspringen, dann wird deutlich, daß Not nicht nur Beten lehrt, sondern auch Erkenntnisse darüber vermitteln kann, was eigentlich eine Gesellschaft zusammenhält.

Es ist also doch nicht der „Verfassungspatriotismus“ allein, der identitätsstiftend ist und der politisch korrekt an die Stelle des am Volk und seiner Geschichte orientierten Nationalbewußtseins gestellt werden kann. Allemaal ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als deren Ver-



Gedanken zur Zeit:

Nach der Flut: Nation und EU

Von Wilfried BÖHM

fassung der „Kronjuwel“ im Selbstverständnis der deutschen Demokratie und als solcher unübersehbar und gerechtfertigt. Aber dieses Grundgesetz darf nicht allein stehen, sonst bleibt nur steriler Verfassungspatriotismus. Die Zugehörigkeit zum Deutschen Volk, seiner Kultur, Sprache und Geschichte sind europäischer Tradition entsprechend unverzichtbar die Grundlage unseres demokratischen Nationalstaats, der wiederum mit anderen zusammen den Bund der Europäischen Nationalstaaten zu bilden in der Lage ist.

Die real existierenden Staaten Europas sind im Ergebnis ihrer Geschichte in der Gegenwart mehr als Gesellschaften von Bürgern, die sich theoretisch als Individuen eine Verfassung gegeben haben und sich ihr verpflichtet fühlen. Vielmehr ist man „Deutscher“, „Franzose“, „Spanier“

oder „Schwede“ nicht nur wegen seiner Staatsangehörigkeit, sondern wegen seiner komplexen ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Prägung. Jedes Staatsvolk in Europa, das dem jeweiligen Staat seinen Namen gibt, verkörpert eine Nation und damit eine Schicksalsgemeinschaft. Diese Feststellung hat mit der „Blut- und Boden“-Ideologie der Nationalsozialisten nichts zu tun, denn diese war gegen Volk und Nationalstaat gerichteter rassistischer Extremismus.

Wenn die beiden politisch führenden Politiker Deutschlands angesichts der Folgen einer schweren Naturkatastrophe von den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht „nationale Solidarität“ und einen „nationalen Kraftakt“ verlangen, tragen sie der Erkenntnis Rechnung, daß nationales Handeln und Argumentieren eine

wichtige Komponente politischen Handelns in Europa ist.

Im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe geht der eine der beiden Politiker – Stoiber – im Blick auf die real existierende Brüsseler Umverteilungsmaschinerie, die Europäische Union (EU), sogar noch weiter: er erwartet von der EU, daß sie „mehr Hilfe als bisher geplant“ für die Opfer der Katastrophe bereitstelle. In der Tat sind die bisher genannten Summen von bestenfalls ein bis anderthalb Milliarden Euro, also zwei bis drei Milliarden DM, ein Tropfen auf den heißen Stein, angesichts der Tatsache, daß Deutschland als Haupt-Nettozahler im letzten Jahrzehnt rund 240 Milliarden DM an die EU gezahlt hat. Wenn man bedenkt, daß „Europa“ jetzt praktisch nur Geld zur Verfügung stellen will, das sowie so nach Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Brandenburg geflossen wäre,

dann wird diese sogenannte „Katastrophenhilfe“ in Höhe und Form zum Skandal. Deutschlands finanzielle Netto-Leistungen, mit denen unter anderem Parkplätze und Strandanlagen an Spaniens und Portugals Küsten ebenso wie innerstädtische Verkehrssysteme in Griechenland gebaut werden, wurden erbracht und werden noch zu erbringen sein, obwohl es selbst gewaltige nationale Aufgaben bei der Überwindung der Folgen des Sozialismus in der ‚DDR‘ (fälschlicherweise „Kosten der Einheit“ genannt) zu bewältigen hatte und haben wird. Ein „netto-beitragsfreies Jahr“ für Deutschland wäre das Mindeste, was angesichts der Flutkatastrophe von den Freunden in Europa eingeräumt werden sollte. Frau Thatcher wäre sicher nicht zimperlich gewesen, ihre Handtasche auf den europäischen Tisch zu legen, wenn sie in vergleichbarer Lage wäre. Die Umgestaltung der EU in einen Ausgleichsfonds der europäischen Nationalstaaten für unvorhersehbare zivile und militärische Katastrophen- und Verteidigungsfälle wäre eine reizvolle Alternative zum gegenwärtigen System von Brüssel, weil so „nationale Solidarität“ und „nationale Kraftakte“ leichter zu realisieren wären.

Zitate · Zitate

„Während der US-Verteidigungshaushalt bis 2007 auf die astronomische Summe von 451 Milliarden US-Dollar angehoben werden soll, erwägen 17 US-amerikanische Bundesstaaten, die Schulwoche auf vier Tage zu reduzieren, weil sie die Lehrkräfte nicht mehr bezahlen können.“

Clemens Ronnefeldt,
Referent für Friedensfragen
beim deutschen Zweig des
Internationalen Versöhnungsbundes

„... wenn Schröder also die Lehren aus seinen im Großen und Ganzen verkorkten dreidreiviertel Jahren als Regierungschef zieht und wenn Schröder das Wahlergebnis mit Anstand akzeptiert statt zu pöbeln, dann kann er wieder Bundeskanzler werden. Und zwar im Jahr 2006. 2002 ist nichts mehr zu machen.“

Hans-Hermann Tiedje,
Ex-Bild-Chefredakteur, in einem
Beitrag für die Welt. Tiedjes
Konditional-Liste umfasst 30 Punkte

„Gartennazis.“

Reinhard Mey,
Liedermacher, der seinen Nachbarn auf
Sylt verbieten will, Rasen zu mähen

„Alle Mäher schweigen still, weil der Stalin Mey es will?“

Tendenz-o-Meter
im Focus

Schwarz / Weiß

Die Pessimisten sehen schwarz,
sogar in praller Sonne.
Die Optimisten hören Hartz –
und schon ist alles Wonne.

Die Sicht muß auch bezüglich Flut
nach Standpunkt variieren,
denn just das Hohle kann recht gut
vom Auftrieb profitieren!

An Schwärze ist in Afrika
besonders viel vorhanden,
und eben macht Mugabe da
die Landwirtschaft zuschanden.

Doch umgekehrt ist Hoffnung groß
beim Weizenhändlerstamme:
Man wird die Überschüsse los –
es zahlen Hilfsprogramme.

Pannonicus

Neuaufgabe des ehemaligen Jugoslawien bleibt Fiktion:

Trügerische Ruhe

Balkan-Irrungen der Staatengemeinschaft / Von R. G. KERSCHHOFFER

Es sollte nicht vergessen werden: Auch Ex-Jugoslawien bleibt ein Krisenherd. Mit aufgeschobenen oder falschen Entscheidungen bereitet die Staatengemeinschaft, das Geflecht aus Uno, Nato, EU, Europarat, OSZE und allerlei Sonderorganisationen, auch dort den Nährboden für Machtkämpfe, Korruption und Kriminalität. Immerhin sichert man so auch die Arbeitsplätze hochbezahlter Politiker, Diplomaten, Militärs und Experten.

Recht harmlos geht es in Slowenien zu, wo praktisch alle Parteien einen EU- und Nato-Kurs steuern. In Kroatien hingegen wachsen die Spannungen. Die Internationalisten um Präsident Mesic betreiben den Ausverkauf des Landes bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit, doch sie genießen Unterstützung von außen: Man droht den Kroaten Repressalien an, falls die Partei des gestorbenen Staatsgründers Tudjman

wieder an die Macht kommen sollte. Ob das überzeugt? Die Entente, die Gemeinschaft, der eine Neuaufgabe des alten Jugoslawien vorschwebt, will Kroatien ohnehin erst mit Serbien in die EU aufnehmen.

Zwischen Slowenien und Kroatien gibt es Reibereien wegen der nördlichen Adria: Um Fischereirechte, um die Zufahrt zum einzigen slowenischen Hafen und – um Öl-Suche. Da Slowenien bald Nato-Mitglied sein wird und da Ölrecht zumeist vor Völkerrecht geht, hat Kroatien wohl auch hier die schlechteren Karten.

Für Bosnien-Herzegowina besteht man auf der fiktiven Landeseinheit. Praktisch heißt das, daß zusätzlich zu serbischen und muslimisch-kroatischen Strukturen auch noch föderale und solche der Protektorsverwaltung für Kosten und Korruption sorgen. Selbst der muslimisch-kroa-

tische Kanton ist nur graue Theorie, doch die kroatischen Gebiete dürfen sich keinesfalls an Kroatien anschließen: „Man“ beharrt hier wie überall auf der multi-ethnischen Lebenslüge.

In Rest-Jugoslawien, der „Union“ von Serbien und Montenegro, ironisch „Solania“ genannt (nach Javier Solana), sind die Verhandlungen um eine Bundesverfassung festgefahren. Und auch hier kommt massiver Druck: Einheit und Einigung sind Vorbedingung für Aufnahme in den Europarat, dem zwar schon fast jeder angehört, der aber als Vorstufe für höhere Weihen gilt.

In Belgrad selber, wo hin und wieder ein Politiker erschossen wird, tobt der Machtkampf zwischen dem serbischen Ministerpräsidenten Djindjic und dem „gesamtjugoslawischen“ Präsidenten Kostunica. Im Juli hatte Djindjic die Abgeordneten der Kostunica-Partei einfach aus dem Parlament hinausgeworfen, aber einem Internationalisten läßt „man“ diese Art von Demokratie durchgehen.

Ende September gibt es Wahlen für das Amt des serbischen Präsidenten. (Derzeit noch ein Milosevic-Mann, dessen Auslieferung von Den Haag gefordert wird.) Djindjic läßt seinen Stellvertreter Labus antreten, und Kostunica ist aussichtsreichster Gegenkandidat. Da Kostunica zwar als nicht korrupt, doch als national gilt, ist klar, wem die Staatengemeinschaft in diesem Ringen Unterstützung gewährt.

Kräfteverschiebungen ergeben sich jetzt aus der US-Politik: Die USA, zunächst ohne jedes Interesse an einem Eingreifen, waren durch die Unfähigkeit der Euro-

päer auf den Balkan verschlagen worden, die Entente hatte dem Treiben von Milosevic allzu lange Vorschub geleistet. Die USA unterstützten der Reihe nach Kroaten, Bosniaken und Albaner – um sie alle wieder im Stich zu lassen. Nun wollen sie sich ganz zurückziehen.

Gewiß, am Balkan ist wenig zu holen. Entscheidend für US-Präsident Bush war jedoch sein „Kampf gegen den Terror“. Es scheint ihm völlig egal, daß Bosniaken und Albaner keineswegs Fundamentalisten sind trotz allem, was ihnen angetan wurde, und trotz der Milliarden, welche die Saudis in den Bau neuer Moscheen und in Missionstätigkeit pumpen.

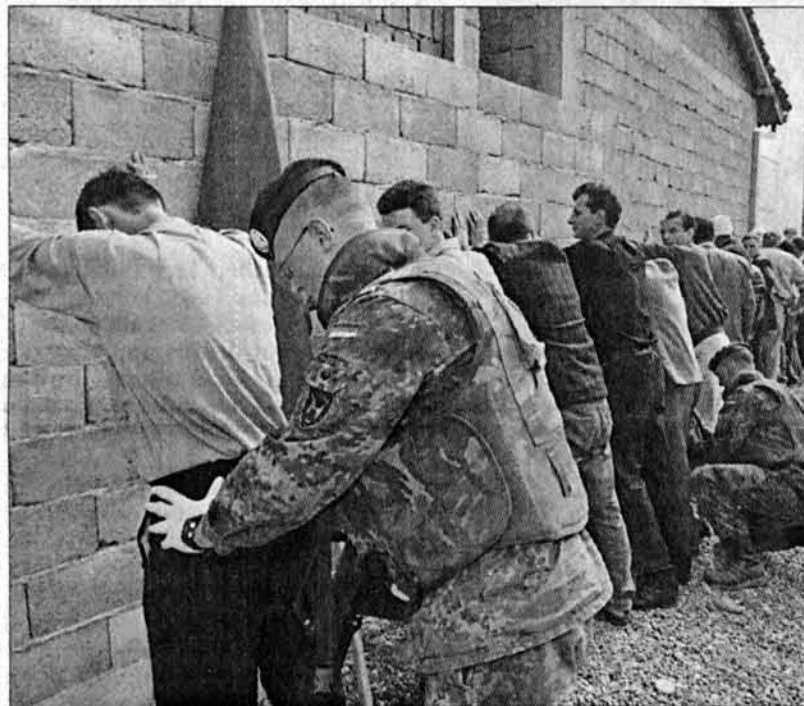
Wie lange sollen wir
den gigantischen Apparat
noch finanzieren?

Die US-Politik nützt ihrerseits dem nun als „Generalgouverneur“ im Kosovo tätigen Schröder-In-

timus und Soldatenbeschimpfer Michael Steiner, der kürzlich als „Schlag gegen den Terror“ UCK-Führer verhaften ließ. Die verkündete „Null-Toleranz“ gegenüber Gesetzesbrüchen klingt natürlich gut. Ebenso seine Formel „Standard vor Status“, also „Schaffung demokratischer Standards“ bei weiterhin ungeklärtem Status.

Doch welcher Trugschluß! Wie können Maßnahmen Akzeptanz finden, wenn Zielvorstellungen fehlen oder falsch sind? Kosovo ist längst unter Albanern und Serben aufgeteilt, doch „man“ hält an der Fiktion fest, Kosovo sei ein Teil Serbiens. Verhaftete Albaner, selbst wenn sie etwas auf dem Kerbholz haben, werden da automatisch zu Märtyrern, und ähnliches gilt für die Serben. In den Albaner-Gebieten Südserbiens und Makedoniens ist es zwar ruhig, doch der nächste „Anlaß“ kommt bestimmt!

Wie lange noch soll der europäische Steuerzahler den gigantischen Apparat finanzieren? Multi-ethnische Hirngespinnste und falsch gezogene Grenzen können einfach keine Stabilität bringen! ■



Im Dienst einer Fiktion? Auch länger angelegte Präsenz von Nato-Streitkräften kann die ethnischen Spannungen in den Gebieten Ex-Jugoslawiens wohl nicht verhindern.
Foto: BMVg

Die Elf-Ermittler kratzen nur an der Oberfläche

Die weiten Verflechtungen des Korruptionsnetzes werden wohl kaum je entwirrt werden können / Von Pierre CAMPGUILHEM

Die Elf-Affäre, die die französische Justiz seit 1995, also seit der Amtsübernahme durch Jacques Chirac, immer wieder beschäftigt, kommt erneut auf die Tagesordnung. Mit einem Berufungsurteil in einem der Gerichtsverfahren im Rahmen der Affäre um den Energie-Giganten mit Vernetzung bis nach Deutschland (Stichwort Leuna) ist Ende November zu rechnen. In erster Instanz war unter anderem der ehemalige Außenminister unter François Mitterrand, Rechtsanwalt Roland Dumas, zu dreißig Monaten Haft, davon acht Monate ohne Bewährung, verurteilt worden.

Dieses Verfahren war an sich nur ein Nebenverfahren, denn in der Hauptsache, der Unterschlagung von fast 173 Millionen Euro durch die leitenden Angestellten des Konzerns, wird erst 2003 ein Urteil der ersten Instanz erwartet. Hauptangeklagter bei diesem zweiten Gerichtsverfahren ist die Nummer zwei des Konzerns, Alfred Sirven, der zur Zeit in Untersuchungshaft sitzt und diese ge-

waltige Summe veruntreut haben soll, um sie weiter zu verteilen.

Nach Angaben des französischen Nachrichtenmagazins „L'Express“, das offensichtlich über gute Informationen aus den Untersuchungsakten verfügt, hätten diese 173 Millionen Euro (damals 1,134 Milliarden Francs) vier verschiedene Bestimmungen gehabt. Erstens hätten 325 Millionen Francs davon dem Konzern erlauben sollen, ein breites Korruptionssystem in der politischen Welt sowohl in Frankreich als auch im Ausland zu entwickeln.

Zweitens hätte Alfred Sirven 116 Millionen Francs für seine eigenen Bedürfnisse verwendet. Drittens wären 345 Millionen Francs als Provisionen für Vertragsabschlüsse hauptsächlich ins Ausland (Deutschland, Venezuela, Spanien, Afrika) geflossen. Und viertens wären schlicht und einfach 347 Millionen Francs von der gesamten Geschäftsführung

Elfs wegen „persönlichen Eigenbedarfs“ unterschlagen worden. Durch diesen vierten Posten wird der ehemalige Vorstandschef von Elf-Aquitaine, Le Floch-Prigent, schwer belastet.

Die Untersuchungen wurden von anfänglich vier Richtern

Versuchung für Politiker:
Gesetze zu ändern,
über die sie selbst stolpern könnten

durchgeführt, vermutlich unter schwierigen Bedingungen. Zum Beispiel hat sich inzwischen Untersuchungsrichterin Eva Joly beurlauben lassen, um in Norwegen, ihrem Geburtsland, zur Sonderberaterin der norwegischen Regierung zu avancieren. In diesem Jahr wurde zugleich die Untersuchungsbeauftragte Laurence Vichnievsky von Ermittlungen befreit, da zur Vorsitzenden eines Landgerichts befördert.

Bei dieser Untersuchung von enormen Umfängen sind nun nur zwei Untersuchungsrichter, der Franzose Renaud Van Ruymbeke und der Schweizer Paul Perraudin, Genf, tätig. „L'Express“ berichtet, daß die eigentlichen Untersuchungen jetzt abgeschlossen seien, obgleich dahingestellt bleibt, ob die Nutznießer dieses Korruptionssystems je bekannt und vor Gericht gestellt werden können. Selbstverständlich zieht der Elf-Skandal eine ganze Reihe von Vermittlern und Bankarnkonten mit sich, deren Aufklärung mehr Zeit und Mittel erfordern würde. Insofern dürfte die Öffentlichkeit von diesem Skandal nur das Pikante und das Oberflächliche erfahren.

Auf jeden Fall wehren sich die Untersuchungsrichter, die in Frankreich für Finanz- und Wirtschaftskriminalität zuständig sind, gegen jegliche Reform des Strafgesetzbuches im Bereich der Finanzstrafsachen. In einem Interview mit der liberalen Tageszeitung „Le Monde“

sagte Anfang August die Pariser Untersuchungsrichterin Isabelle Prévost-Desprez, daß eine Reform der Finanzkriminalität betreffenden Gesetzgebung „besorgniserregend“ wäre.

Es handelt sich natürlich um eine höchst sensible Angelegenheit, da die Parlamentarier der Versuchung widerstehen müssen, ein Amnestiegesetz zu erlassen oder das Gesetz zu ändern, weil allein vier Prozent der wegen Finanzstrafaten Verurteilten Politiker sind. Seit 1990 hat sich die Zahl der Korruptionsfälle fast verdoppelt, wenn auch insgesamt nur gut ein Prozent der von den Richtern gefällten Urteile die Finanz- und Wirtschaftskriminalität betrifft.

Das derzeitige Interesse der französischen Presse für das, was man in Frankreich „les affaires“ nennt, belegt offenkundig, daß die Regierung Raffarin große Mühe haben dürfte, eine Reform der Gesetzgebung über diese Affären einzuleiten – falls sie tatsächlich Lust dazu hätte, was noch nicht bewiesen ist. ■

Bund Junges Ostpreußen:

Die zweite linke Hand verloren

Studierende und andere junge Ostpreußen restaurieren Gedenkstein im Sauerbaumer Wald

Vom Sauerbaumer Ortskern führt ein kleiner Feldweg in den Wald. In der Kiesgrube am Waldrand kann man parken. Von dort aus geht es per pedes weiter ins Waldesinnere. Noch ein paar hundert Meter, und wir sind da. Von Bäumen und Büschen umwuchtert, kommen wir uns fast vor wie im Urwald. Hier mitten im Wald auf einem Hügel steht ein alter vermooster Gedenkstein. Woran mag dieser Stein wohl erinnern?

Nur mit Hilfe von Ortskundigen ist er zu finden. Die Tafel fehlt, und den allgemeinen Zustand kann man nur als völlig verwahrlost beschreiben. So fanden wir unseren Gedenkstein bei der ersten Besichtigung vor. Eine Gruppe von jungen Ostpreußen – an ihrer Spitze Klaus Staschko aus Viersen – hatte beschlossen, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen und den Stein zu restaurieren. Nach zehn Tagen intensiver Arbeit sah das dann schon ganz anders aus ...

In den Sommerferien fand im Sauerbaumer Wald das Kriegsgräberlager des Bundes Junges Ostpreußen (BJO) statt. „Kriegsgräberlager“ ist streng genommen falsch, denn es handelt sich um einen Gedenkstein, der an die ersten Gefechte des Tannenbergzyklus erinnert. Am ersten Tag wurde eine Schneise vom Waldweg zum Denkmal geschlagen. Dann machten wir uns daran, das Gestrüpp zu beseitigen und die Erde um den Stein herum zu pla-

nieren. Die Arbeit war äußerst schweißtreibend, zumal es meist 30 Grad heiß war. Wir trösteten uns damit, daß es nicht regnete. Da das Erdrreich nicht ausreichte, mußten wir von einer nahe gelegenen Kiesgrube Sand heranschaffen. Zum Glück bekamen wir an zwei Tagen Verstärkung von den Teilnehmern der BJO-Paddeltour. Nach diesen Vorarbeiten konnte die eigentliche Instandsetzung beginnen. Klaus Staschko hatte in privater Initiative die Tafel nach Zeitungsberichten, alten Fotos und den Aussagen des deutschen Grundstückbesitzers rekonstruiert und nachgießen lassen. Mit Kunstharzkleber wurde die Tafel an ihrem alten Ort angebracht.

Zum Abschluß wurde ein kleiner weißer Lattenzaun um das Denkmal herumgebaut. Dabei konnten wir eine Menge handwerklicher Fertigkeiten erlernen.

Die Organisatorin und Bundesvorsitzende Nanette Kaiser prägte während der Wiedereinweihungsfeier das Motto: „Hier verlieren Studenten ihre zweite linke Hand.“ Rund 60 Leute waren bei der abschließenden Feier anwesend, unter ihnen der Kreisvertreter von Braunsberg, Manfred Ruhnau. Unser Stein war in eine Ostpreußen-Fahne gehüllt und mit Blumen geschmückt. Es war ein bewegender Augenblick, als Kaplan André Schmeier das geistliche Wort sprach. Der geschichtliche Hintergrund wurde erläutert und während das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ erklang, wurde der Stein enthüllt.

„Diese Höhen – Die Russenschancen – wurden am 26.08.1914 nach heldenmutigem Kampf von dem Landwehr Inf. Reg. 34 gegen das 6. Russ. Corps erstürmt. Der Kampf leitete die Schlacht bei Tan-

nenberg ein“, lautet die Inschrift.

Einen würdigen Abschluß bekam die Feier mit dem Ostpreußenlied. Anschließend traf sich die ganze Festgemeinschaft auf dem Bauernhof der Familie Langkau zum Grillen. Es wurde viel gesungen und letztendlich sogar getanzt.

Auch die Freizeit und Geselligkeit kamen nicht zu kurz. In den umliegenden Seen wurde gebadet und am Lagerfeuer gesungen. Einer der Höhepunkte war ein Besuch bei dem Deutschen Verein in Preußisch Holland. Jerzy A. Hinz, der dortige Jugendvertreter, zeigte uns die historische Altstadt und einige interessante Ziele in der nächsten Umgebung. Zwischendurch überarbeiteten wir das Grab, welches die ostpreußische Jugend 1994/95 restauriert hatte, neu. Das große Holzkreuz wurde geschliffen und frisch gestrichen, der Gedenkstein entmoost und die Buchstaben neu ausgemalt.

Die restlichen Tage nutzten wir, um Land und Leute kennenzulernen. Die beste Gelegenheit hierfür bot sich auf dem Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein Ende Juli. Hier waren wir mit einem BJO-Infostand präsent. Es wurden viele Werbematerialien verteilt und Kontakte zu jungen Leuten aus den deutschen Vereinen geknüpft.

So neigten sich zwei schöne Wochen in Ostpreußen viel zu schnell dem Ende zu. Das Wichtigste aber ist, daß unser Stein fertig ist. Wenn



Fertiggestellt: Neue, alte Inschrift Foto: privat



Gemeinsam anpacken: So mancher der studentischen Teilnehmer lernte handwerklich Neues hinzu. Foto: privat

es manchmal auch sehr anstrengend war, wir haben unser Ziel erreicht. Eine Denkmalsanierung ist wie eine Patenschaft für einen Gegenstand, und wann immer jemand von uns ins Ermland kommt, wird er unseren Stein besuchen.

Natürlich waren wir auch neugierig, in welchem Zustand wir unser Denkmal in Ramsau, das der BJO während des diesjährigen Pfingstlagers sanierte, vorfinden würden. Bis auf eine kleine Unkrautschicht stand alles so, wie wir es hinterlassen hatten. Schön, daß sich die Ramsauer Frauen wirklich weiter darum kümmern. Mit dem gewonnen Selbstvertrauen soll es nun direkt weitergehen. Wenn alles klappt, dann steht im nächsten Jahr die Restaurierung des Sauerbaumer Offiziersfriedhofes auf dem Programm.

Alexander Buhl

Virusinfektionen

Königsberger Mediziner registrieren in diesem Sommer einen bisher nie dagewesenen Anstieg ernstzunehmender Atemwegserkrankungen. Ein Korrespondent der Nachrichtenagentur „Nowosti“ berichtet, daß innerhalb einer Woche 1.117 Patienten mit Virusinfektionen Ärzte in der Stadt aufsuchten. Die Zahl der durch einen Virus hervorgerufenen Atemwegserkrankungen übersteigt den statistischen Durchschnittswert vieler Jahre. Grund dafür sollen die hohen Außentemperaturen sein.

Neben Atemwegserkrankungen quälen die Königsberger Darmerkrankungen, deren Ursache häufig im Baden in verbotenen, weil durch Bazillen verschmutzten Gewässern zu suchen ist. Einige Fälle von Darmerkrankungen könnten laut den Untersuchungen der Gesundheitsbehörde auch durch einen überhöhten Nitratgehalt in Obst und Gemüse hervorgerufen worden sein. MRK

Seminar

Zum ersten Mal findet in der Königsberger Albertina nach 1945 wieder ein deutsches Seminar statt. Vom 21. bis 23. September werden namhafte Referenten zu dem Thema „Literatur und Geschichte im Ostseeraum des 20. Jahrhunderts“ sprechen. Die Tagung, von der Prussia Gesellschaft für Kultur e. V., der Gesellschaft zur Förderung des Werkes von Hans Friedrich Blunck e. V. und dem Freundeskreis Ostpreußen e. V. veranstaltet, wird mit Mitteln der Landsmannschaft Ostpreußen gefördert.

Zusammenarbeit macht stark

Der »Aufbau Bernsteinland e.V.« feiert 10. Jubiläum und wählt neues Präsidium

Besonders am Herzen liegt ihm die enge Zusammenarbeit aller am Aufbau von Ostpreußen Interessierten. Dieses verkündete der neue Präsident von „Aufbau Bernsteinland Ostpreußen e.V.“, Robert Laack, in seiner Antrittsrede. Die große Herausforderung des Erhalts der Heimat auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sei nur durch abgestimmtes und gemeinsames Handeln zu meistern. In diesem Prozeß werde die Aufgabe von „Aufbau Bernsteinland Ostpreußen e. V.“ wie bisher in der praktischen Arbeit vor Ort liegen; zu erfüllen werde sie nur sein, wenn die Mitglieder und Spender, denen an dieser Stelle besonderer Dank auszusprechen sei, die Arbeit auch weiterhin unterstützten.

Die Organisation „Aufbau Bernstein Land e. V.“ wurde 1992 in Eldingen unter Leitung von Ottfried von Weiss von einer Gruppe engagierter Ostpreußen gegründet. Als wichtigstes Anliegen wurde schon in der Satzung die Not- und Katastrophenhilfe im nördlichen Ostpreußen/Königsberger Gebiet mit dem Ziel aufgenommen, akute Notlagen lindern zu helfen, der Völkerverständigung mit friedlichen Mit-

teilen zu dienen sowie den Kontakt unter den Menschen durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu fördern. In den vergangenen zehn Jahren bestimme der seinerzeitige Präsident, Ottfried v. Weiss, ganz wesentlich und mit großem persönlichem Einsatz die Umsetzung der Vereinsziele. Er konnte mit den 600 Mitgliedern und Spendern des Vereins Not lindern, Aufbauhilfen gewähren sowie mit anderen ostpreußischen Vereinen und Kreiskommunitäten den Heimatvertriebenen und heimatverbliebenen Ostpreußen die Verbindung zu ihrer Heimat erhalten.

Anläßlich der zehnten Generalversammlung und der damit verbundenen Wahl eines neuen Präsidiums wurden die Verdienste des Gründers in Ansprachen des Sprechers der LO, Wilhelm v. Gott-

berg, und des Vorsitzenden der Kreiskommunität Wehlau e.V., Joachim Rudat, gewürdigt und Ottfried von Weiss für seine Verdienste das silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen mit einer Urkunde ausgehändigt.



Pro Ostpreußen: Robert Laack (v. l.), Wilhelm v. Gottberg, Hauke-Hermann Eggert, Ottfried v. Weiss und Joachim Rudat Foto: W. Oehrt

In das neue Präsidium wurden Robert Laack als Präsident, Hauke-Hermann Eggert als Vizepräsident, Heinz-Jürgen Singer als Schatzmeister und Waldemar

Wiedner als Protokollführer gewählt. Ottfried von Weiss wurde einstimmig zum Ehrenpräsidenten des Vereins gewählt.

Dem neuen Präsidium wurde ein Beirat zur Seite gestellt, der die bereits seit Jahren existierende fruchtbare Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die in Ostpreußen tätig sind, weiter fördert.

Die Vorsitzenden dieser Organisationen, Hans Dieter Bechtold, Ostseebrücke e.V., Uwe Remmers, Hilfe und Tat e.V., Prof. Dr. Günter Brilla, Prussia e.V. und Joachim Rudat, Kreiskommunität Wehlau e.V., stellten ihre Ziele und Aufgaben vor. Es ist erkennbar, daß die Zukunft der Vereinsarbeit durch eine engere Abstimmung und Koordination aller Organisationen gekennzeichnet sein wird. R. L.

Ostpreußen
Zuhause im weiten Land
Drei ostpreußische Auroren halten hier die Erinnerungen an ihre Heimat fest. Sie erzählen vom Glück und vom Unglück und vom unendlichen Heimweh ...
Geb. 416 S. € 8,95

Bernstein's neue CD
Erstmalig vorgestellt auf dem DEUTSCHLANDTREFFEN 2002
Lieder für Ostpreußen CD € 14,30

Zogen einst fünf wilde Schwäne ...
Eine Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder unter anderem Annchen von Tharau
Ltg. Eike Funck
CD € 15,90

Märchen aus dem Bernsteinland
Gesammelt und erzählt von Ruth Geede,
inkl. Textbuchein
CD € 14,90

Seidel
Deutschlands Kolonien
Dieses koloniale Lesebuch für Schule und Haus entstand in der Blütezeit deutscher Kolonialherrschaft. Der Verfasser informiert detailliert über geografische Besonderheiten sowie soziale, wirtschaftliche und politische Verhältnisse der Kolonien in Afrika, Ostasien und der Südsee.
Geb. 296 S. € 20,35

Kleiner Deutscher Kolonialatlas
Herrlicher Reprint der Originalausgabe von 1899: Aufwendig und detailliert gezeichnete Karten geben einen sehr guten Überblick über die Ausbreitung und geographischen Besonderheiten der früheren deutschen Kolonien: Kamerun, Togo, Deutsch-Ostafrika, Kiautschou, Bismarck-Archipel, Salomon-Inseln
Geb. 24 S. € 6,50

Lise Gast
Nichts bleibt, mein Herz, und alles ist von Dauer
Der gefühlvoll geschriebene Kriegsroman über eine Familie um 1900, ist ein Trost für jene, die ein ähnliches Schicksal hatten.
Geb. 227 S. € 16,00

GERTRUD ZELINSKY
GLÜCKLICH SEIN IST KEINE FRAGE DES ALTERS
Ein unterhaltsamer Ratgeber mit vielen Fallbeispielen und konkreten Tipps.
Geb. 188 S. € 14,90

Wolfgang Venohr
DIE ABWEHR-SCHLACHT
Der ehemalige Stern-TV-Chefredakteur Wolfgang Venohr hat hiermit den zweiten Teil seiner Jugenderinnerungen veröffentlicht. Er schildert intensiv die Zeit des Fronteinsatzes bis zu seiner schweren Verwundung in den letzten Kriegswochen sowie die Zeit im britischen Internierungslager Neuengamme und seine politische Orientierungssuche in den ersten Jahren der Bundesrepublik.
Geb. 360 S. € 24,80

Das Geheimnis des Bernsteinzimmers
Heinz Schön lüftet das Geheimnis um den in Königsberg verschollenen Zarenschatz.
Geb. 255 S. € 26,00

Das Bernsteinzimmer
Mythen, Rätsel & Legenden
Eine spannende Dokumentation von Maurice Philip Remy
Video € 21,00

Das Bernsteinzimmer
Mythen, Rätsel & Legenden
Eine spannende Dokumentation von Maurice Philip Remy
Video € 21,00

EUROPA IN FLAMMEN
Die Friedensjahre 1933-1939
Die Trilogie dokumentiert die „Friedens- und Kriegsjahre“ des Dritten Reichs von der Machtergreifung 1933 bis zur Kapitulation 1945. Drei Stunden unbekanntes Filmmaterial, darunter noch nie gezeigte Aufnahmen von Hitler, Göring und anderen Personen des Dritten Reiches.
Zusammen nur € 49,90

EUROPA IN FLAMMEN
Die Kriegsjahre 1939-1941
Die Trilogie dokumentiert die „Friedens- und Kriegsjahre“ des Dritten Reichs von der Machtergreifung 1933 bis zur Kapitulation 1945. Drei Stunden unbekanntes Filmmaterial, darunter noch nie gezeigte Aufnahmen von Hitler, Göring und anderen Personen des Dritten Reiches.
Zusammen nur € 49,90

EUROPA IN FLAMMEN
Die Kriegsjahre 1941-1945
Die Trilogie dokumentiert die „Friedens- und Kriegsjahre“ des Dritten Reichs von der Machtergreifung 1933 bis zur Kapitulation 1945. Drei Stunden unbekanntes Filmmaterial, darunter noch nie gezeigte Aufnahmen von Hitler, Göring und anderen Personen des Dritten Reiches.
Zusammen nur € 49,90

Jugendjahre in Ostpreußen
Ein Heimatbuch, das Erinnerungen an Jugend und Vergangenheit weckt.
Geb. 310 S. € 9,90

Meiner Heimat Gesicht Ostpreußen
Eine Anthologie der ostpreußischen Literatur
Geb. 670 S. € 12,10

Und die Meere rauschen ...
Erinnerungen an Ostpreußen
Geschichte – Redensarten
Mundartsammlung
Kart. € 14,50

Leni Riefenstahl
Die Verführung des Talents
TB 543 S. € 8,45

Riefenstahl
Eine deutsche Karriere
Biographie
Geb. 600 S. € 25,00

Leni Riefenstahl
MEMOIREN
Kat. 928 S. € 12,99

DOENNIGS KOCHBUCH
Spezialitäten aus Ostpreußen
Marion Lindt serviert ostpreußische Spezialitäten
Geb. 104 S. € 12,95

DOENNIGS KOCHBUCH
Spezialitäten aus Ostpreußen
Marion Lindt serviert ostpreußische Spezialitäten
Geb. 104 S. € 12,95

DOENNIGS KOCHBUCH
Spezialitäten aus Ostpreußen
Marion Lindt serviert ostpreußische Spezialitäten
Geb. 104 S. € 12,95

Die Fahrt der sieben Ordensbrüder
Geb. 72 S. € 9,90

Die Wiederherstellung des Schlosses der deutschen Ordensritter zu Marienburg
Geb. 127 S. € 11,80

Miks Bumbullis
Geb. 62 S. € 9,90

Die Wiederherstellung des Schlosses der deutschen Ordensritter zu Marienburg
Geb. 127 S. € 11,80

DOENNIGS KOCHBUCH
Spezialitäten aus Ostpreußen
Marion Lindt serviert ostpreußische Spezialitäten
Geb. 104 S. € 12,95

DOENNIGS KOCHBUCH
Spezialitäten aus Ostpreußen
Marion Lindt serviert ostpreußische Spezialitäten
Geb. 104 S. € 12,95

DOENNIGS KOCHBUCH
Spezialitäten aus Ostpreußen
Marion Lindt serviert ostpreußische Spezialitäten
Geb. 104 S. € 12,95

Senden Sie diesen Bestellschein an:
Preußischer Mediendienst, Parkallee 86, 20144 Hamburg,
Fax: 040 / 41 40 08 58 Tel: 040 / 41 40 08 27

Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,- / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Vorname

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Ort, Datum

Tel.

Unterschrift

Ein Spazierstock mit Füllung

Von Heinz KEBESCH

Still lag an einem der ersten warmen Frühlingstage die zum Stadtwald führende Landstraße im hellen Sonnenschein. An den Grabenrändern sah bereits ein wenig Grün hervor. Weder Fußgänger noch Pferdewagen kamen an diesem Sonntag vorüber. Sonntag war's in allen Ländern, so auch hier in der Ruhe und Abgeschiedenheit in unmittelbarer Nähe der Stadtgrenze. Hoher Fichten- und Birkenbestand des nahen Waldes gaben ein majestätisches Bild von der Kraft und Schönheit der Natur.

An der dem Wald gegenüberliegenden Straßenseite befand sich eine Reihe im gleichen Stil erstellter schlichter Siedlungshäuschen, deren kleine bescheidene Vorgärten von den Bewohnern liebevoll gepflegt waren. Schneeglöckchen und blühende Haselnußsträucher zierten diese kleinen Gartenanla-

**Gute Stimmung
auf dem Fest
bei den Wagenschmidts**

gen. Sie waren die ersten Frühlingsboten nach einem kalten, schneereichen Winter. In einem der Häuser lebten der Schlosser des städtischen Gas- und Wasserwerkes Anton Wagenschmidt mit seiner Frau Hilde und den beiden Töchtern Erika und Ingrid. Das Häuschen war weiß getüncht, und wilder Wein rankte an einigen Stellen der Hauswände empor. Am Eingang des Hauses wuchsen blaue und weiße Fliederbüsche, die schon Knospen angesetzt hatten. An der linken Seite des Hauseinganges stand im Schatten eine weiße Holzbank, die zum gemütlichen Sitzen einlud.

An diesem Sonntag fand bei Wagenschmidts ein Familienfest statt. Die Konfirmation der ältesten Tochter Erika sollte im Verwandten- und Freundeskreis gebührend gefeiert werden. Erika war mit ihren vierzehn Jahren ein hübsches Mädchen von schlanker, anmutiger Gestalt. Zur Feier des Tages trug sie ein schlichtes, schwarzes Kleid, das zu ihrem hellblonden, glänzenden Haar einen prächtigen Kontrast abgab. Nach Beendigung des Konfirmationsgottesdienstes in der Kreuzkirche fand sich die Familie mit ihren Verwandten nach dem Kirchgang im Haus Wagenschmidt ein.

An der festlich gedeckten Mittagstafel hatten alle Anwesenden inzwischen frohgestimmt Platz genommen. Es wurde mit gesundem Appetit gegessen und getrunken. Man war in guter Stimmung und unterhielt sich munter und ange-regt. Nach Beendigung der Mahlzeit saß man zwanglos zusammen und betrachtete zwischendurch die vielen schönen Geschenke und wünschte der Konfirmandin Erika nochmals Glück und Segen für ihren neuen Lebensabschnitt. Auch Nachbarsfamilien und der ortsbekannte, freundliche Gastwirt „Vater“ Rahn von der nahen Wald-gaststätte „Villa Kuhlins“ gehörten zu den Gratulanten. Nach dem reichhaltigen Mittagssmahl verspürte man das Bedürfnis, im Sonnenschein die erfrischende Frühlingsluft, die noch ein wenig herb, aber schon voller Düfte war, im Hausgarten und nahen Wald

durch einen kleinen Spaziergang zu genießen.

Während der anschließenden gemeinsamen Kaffeetafel sprachen die Anwesenden unter anderem über Familienangelegenheiten und auch über die besonderen schwierigen Verhältnisse im von Litauen seit 1923 besetzten deutschen Memelland. Dadurch wurde der Memelstrom mit seinen formschönen Brücken, der Königin-Luise-Brücke und Eisenbahnbrücke in Tilsit, zur Hälfte widerrechtlich geteilt und war somit die Grenze zwischen Deutschland und Litauen.

„Ja“, meinte Fritz Klaudien, Schwager des Großvaters Max Wagenschmidt, der in der Nähe der „alten Memel“ wohnte, „wir haben bei uns im Memelland all schwere Jahre hinter uns. Ich hab' ja nur e kleine Rent' vom vielen Wurrachen beim Wasserwerk in Übermemel. Es muß eben jehen. Wenn wir nich unsern großen Obst- und Gemüsegarten und e Feld für Kartoffeln und e bißchen Korn hätten, wär's schlimm für uns. So können wir uns wenigstens e Schweinche und Hühnerchen halten. Solang wir noch arbeiten können, haben wir ja zu essen genug. Aber Kleidung, Schuhe, Werkzeug, Öl, Brennspritus oder Petroleum jibt es doch nur in de paar größte Städte in Litauen, vleicht noch in Memel oder Heydekrug. Aber wie nach dort hinkommen? E Postauto oder Eisenbahn fährt ja nich. In unsere Näh' im Laden von Ewald Dombrowsky konnten wir wenigstens für unsere Lamp' inne Wohnküch für de Herbst- und Winterabende Petroleum kaufen und was man sonst noch so brauchte. Im vorigen Jahr is er nu jestorben. Den Laden konnte Martha, seine Frau, allein nich halten. Se is zu ihrem Sohn nach Prökuls bei Memel jezogen. Tat uns sehr leid, sie waren so jute Nachbarn. Aber der hier, mein Schwager Max, hat uns viel geholfen.“

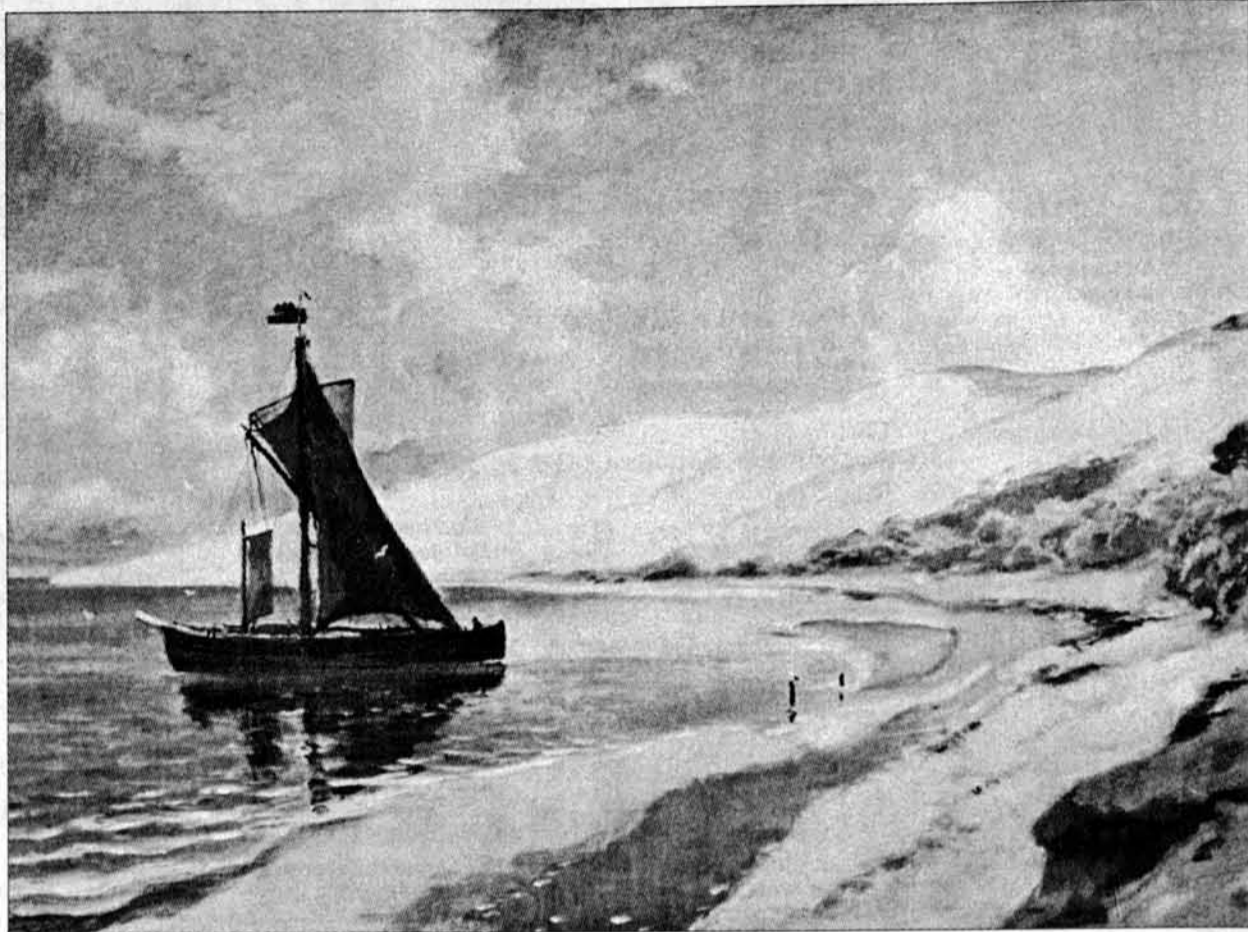
»In der Familie kannst du dein kleines Geheimnis doch erzählen, Vater«

„Darüber brauchst du jar nich viel zu reden, Fritz. Das is doch e Selbstverständlichkeit, daß wir uns jejenseitig helfen. Mit dem Petroleum, das is so e besondere Sach', wie ich euch da helfen konnte. Dazu möchte' ich aber nichts sagen, ist auch nicht nötig.“

„Na Vater, inne Familie kannst doch erzählen, wie das mit dem Petroleum war“, sagte sein zweiter Sohn Richard. „Nei, das jehet nu eben nicht. Amend kommt man noch ins Jered“, antwortete er seinem Sohn.

Die Anwesenden wurden daraufhin neugierig, sagten aber nichts. Max war es allerdings anzumerken, daß es ihm sichtlich unangenehm war, womöglich sein kleines Geheimnis auszulaudern. „Nu hör doch mal zu, uns kannst du das doch ruhig erzählen“, forderte der Sohn nochmals seinen Vater auf. „Du spannst uns janz schön auf de Folter.“

In der Kaffeerrunde trat Schweigen ein. „Laß' mich endlich in Ruh' mit deiner Fragerei, Richard.“ Max zündete sich erst mal eine Zigarre an. Schwager Fritz zeigte ebenfalls



Bruno Bielefeld malte einst die Hohe Düne und den Kurenkahn. Ein Motiv, das sich bei den Malern großer Beliebtheit erfreute und nun auch in dem neuen Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ enthalten ist, der im Jahr 2003 gewiß wieder viele Freunde finden wird. Künstler wie Mari-ane Flachs, Hans Beppo Borschke, Hans Hartig, Eduard Anderson, Karl Storch d. Ä., Werner Riemann, Anna v. Glasow oder Robert Hoffmann-Salpia sind mit Beispielen aus ihrem Schaffen vertreten, ein Schaffen, das die Schönheit der ostpreußischen Landschaft ebenso zeigt, wie es den Fleiß seiner Bewohner dokumentiert, seien es die Eisfischer auf dem Kurischen Haff, seien es Lom-menschiffer oder Bauernjungs an der Pferdetranke. Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ auf das Jahr 2003, für den die Kulturstiftung der Landsmannschaft Ostpreußen die Bilder auswählte, kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 18 Euro inklusive Versandkosten (später 20,50 Euro) direkt beim Schwarze Kunstverlag, Richard-Strauß-Allee 35, 42289 Wuppertal, Telefon 02 02/ 62 20 05/06, Fax 02 02/ 6 46 31, bestellt werden.

eine bedenkliche Miene, sagte aber nichts und schaute nur seine Frau Marie, die Schwester von Max Wagenschmidt, an. Tante Wilma Schankat, die Max gegenüber saß, blickte ihn an und bemerkte: „Das versteh' ich wirklich nich, was das alles sein soll!“

Max schaute sich unschlüssig in der Tischrunde um, überlegte einen Augenblick und sagte dann zu seiner Schwiegertochter: „Hilde, sind de Kinder draußen? Mach mal die Stubentür zu. Ich sage euch aber, wenn Ihr darüber redet, wenn ich nu meine Jeschicht erzähl, is es aus mit de Familie! Anton, jib uns Männern mal e Rund' Meschkines und für die Frauen von eurem selbstgemachten Himbeerlikör. Also mei-

Winterabende im Dunkeln hucken. Eines Tages traf ich inne Hohe Straß' meinen alten Freund aus der Jugendzeit und Kriegskamerad von den 41ern, Wilhelm Sablonsky. Das ist doch de Drechslermeister aus de Grabenstraß' in de Näh' von de Hefefabrik. Mit ihm hab ich erst mal de janze Sach' besprochen. Er blickte mich janz erstaunt, aber dann verständnisvoll an und meinte, ich soll' man Ende nächste Woch' zu ihm kommen. Er wird sich das überlegen. Ich konnte, das könnt' ihr mit glauben, de Zeit kaum abwarten.“

Die Spannung der Anwesenden war immer mehr zu spüren. Max fuhr dann fort: „Als ich Wilhelm in seine Werkstatt aufsucht', hantierte er an einem alten Wohnzimmer-tisch herum. Den hatte er aber janz wunderbar auf neu gemacht. Wilhelm blickte mich an, lachte verschnitzte und sagte, hol' doch mal von dorten aus de Eck' am Regal den Spazierstock. Ich schaute ihn janz erstaunt an. Warum denn das? Was will der mit dem Stock? Er nahm ihn in seine Hand, drehte die elejante, schwarze Krück' ab und sagte, er habe lang überlegt, bis er auf diesen Einfall kam. Er hat den Spazierstock dann abgemessen, zugeschnitten, ausgehöhlt, isoliert, lackiert, mit Petroleum gefüllt und zugelehrt. Wäre janz dicht, riecht auch nich, sagte Wilhelm. Der Stock hätt' zur Prob' e paar Dag inne Werkstatt gestanden. Jecht über e viertel Liter rein. Ja, das war de Lösung!“

Alle Anwesenden waren überrascht. Daran hatte niemand gedacht. Max erzählte nun weiter: „Was bin ich dir nu schuldig?“ fragte ich Wilhelm. Davon sprich nicht, antwortete er weich. Für'n alten Kamerad' mach ich alles, wenn ich das noch kann. Jeh man ruhig mit ihm über de Brück' und helf Fritz. Wir wohnten auch mal früher in seine Näh', nich weit von de alte Memel, an de Taurogger Straß', wie du ja weißt. Waren jute Nachbarn, und sind wejen meine Beinverwundung ausern letzten Krieg inne Stadt jezogen. Dann holte er ausern Schaff anne Wand e Flasche Korn, und wir haben darauf erst mal einen jetrunken.

Aber nu kommt noch was janz Wichtiges! Freudig ging ich gleich am nächste Dag, es war so um 11 Uhr, über de Brück' und kam zum litauischen Zollhäuschen. Man wollte von mir de Grenzkart' sehen. Meinen neuen Spazierstock ließ ich nich aus meine Hand. Ich packt' nu in de eine Fupp von meine Jack, dann in de andere. Nusch! Keine Kart'. Und ich hatt' mich schon so gefreut, Fritz und Marie zu überraschen. So'n Pech beim ersten Mal! Vor lauter Aufregung hatt' ich doch de Grenzkart' vergessen! Ich pracherte und pracherte, aber de litauische Zollbeamte ließ mich nich durch.

Plötzlich jecht doch de Tür vom Zollhaus auf, und wer kommt da heraus? Menschenskind, Erbarmung, seh ich recht? De Alosius. Er schien zu merken, daß was nicht stimmt. Se sprachen leise miteinander. Dann sagte Alosius zu mir, ich soll man diesmal durchjehen. Aber beim nächsten Mal muß ich de Grenzkart' vorzeigen. Ich sag' euch, mir fiel vleicht e Stein vom Herzen. War doch jut, daß ich dem Alosius kennengelernt hatt'.“

Oma Minna Pfefferkorn fragte Max besorgt: „Hattest du denn keine Angst nich?“ – „Aber wo, wozu Angst haben, Minnchen? Nei, nei, mir passiert all nuscht! Na, Fritz und du, Mariechen, ihr habt nich schlecht gestaunt, als ich bei euch dann ankam und zum ersten Mal aus meinem neuen Spazierstock in eure Blechkann' Petroleum reingieß. Aber ihr sollt noch mehr Petroleum für den Winter haben. Ja, das war nu de janze Jeschicht' vom Petroleum.“

Alle klatschten zustimmend Beifall und lachten Max vergnügt an. Aus den Gesprächen der Tischrunde war Anerkennung, Bewunderung und Freude über die selbstlose, aber auch gefahrvolle Hilfeleistung von Max zu entnehmen. „Nu wollen wir aber wirklich Schluß machen“, meinte Max, „und Anton und Hildchen für die herzliche und gute Bewirtung danken. Es war bei euch e sehr schönes Familienfest.“ – Gemeinsam begab man sich auf den Heimweg.

Wie Perlen an einer Schnur

Faszination Insel: Schriftsteller und Künstler aus drei Jahrhunderten erzählen

Von Silke OSMAN

Es sind jetzt 150 Jahre vergangen, da ein Mann sich auf den Weg in den Süden machte und damit eine Entscheidung traf, die sein Leben entscheidend beeinflussen sollte. Im Sommer 1852 wollte der Neidenburger Ferdinand Gregorovius sich in Italien mit einem Freund treffen; als er erfuhr, daß dieser unvermuthet gestorben war, machte er sich denn tiefbetrübt auf die Reise. Im Juli erreichte er Korsika. „So betrat ich denn zum ersten Mal die Insel Korsika, die mich schon als Kind so mächtig gelockt hatte, wenn ich sie auf der Karte betrachtete“, schreibt Gregorovius in seinen Reise-Erinnerungen. „Die malerischen braunen Uferberge, die grünen Höhen mit ihren dichten Olivenhainen, kleine Kapellen am Strand, einzelne graue Türme aus der Genuesenzeit, das Meer, in aller Pracht südlicher Farbe, das Gefühl, sich ihm verloren auf einer fremden Insel zu stehen, das machte damals einen unauslöschlichen Eindruck auf mein Gemüt.“ Und: „Korsika entriß mich meinen Bekümmernissen ... es hat mir dann festen Boden unter die Füße gestellt ...“

Im September des gleichen Jahres besucht der Neidenburger, der später durch seine „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“ zum Ehrenbürger Roms (1876) ernannt wird und durch seine an-

diese märchenhaften Erscheinungen festhalten; aber ihre Schönheit, ihre Stille und Heimlichkeit ist mit Worten kaum zu sagen ...“

Johann Wolfgang von Goethe war es, der in den Deutschen überhaupt erst die Italiensehnsucht auslöste. Er brach 1786 zu seiner Reise in den Süden auf und blieb dort von September 1786 bis Mai 1788. Zurückgekommen veröffentlichte er seine Erlebnisse und Erinnerungen an seine „Italienische Reise“ und legte so den Grundstein für Millionen von Touristen, die alljährlich das Land erobern. Auch in diesem Sommer werden wieder viele Menschen ihr Vaterland verlassen, um sich an fernen Stränden den Wind um die Nase wehen zu lassen, Neues zu erkunden, sich zu erholen – eben einfach Urlaub zu machen.

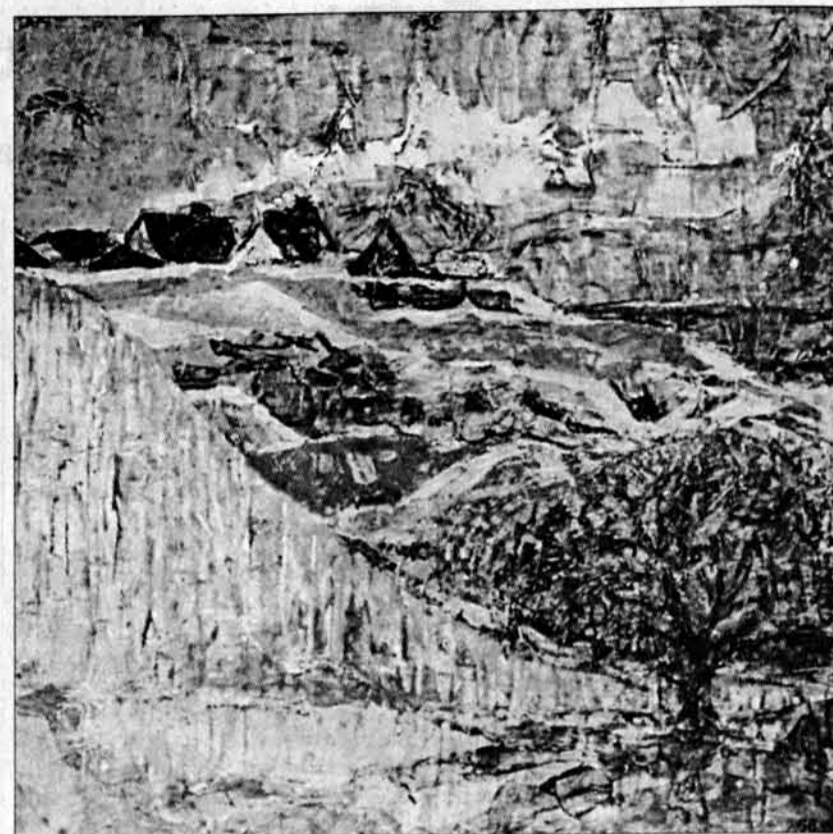
Viele werden sich eine Insel ausgewählt haben, um diese schönste Jahreszeit dort zu verbringen. Auch Goethe zog es damals auf eine Insel; er ging für einige Wochen nach Sizilien und fand später unsterbliche Verse über dieses Paradies im südlichen Meer: „Ein weißer Glanz ruht über Land und Meer/ Und duftend schwebt der Äther ohne Wolken ...“

Was ist es, das Menschen jeden Alters, jeder Herkunft immer wieder auf Inseln zieht, auf große

Tod, aber auch unvergeßliche Begegnungen mit damals noch unbekannten Ländern und Inseln wie Neuseeland, den Palmerston- und Norfolk-Inseln, der Osterinsel, den Neuen Hebriden, Tonga oder den südlichen Sandwich-Inseln. Sein Weg führte Forster auch auf eine Insel, die heute noch zu den Traumparadiesen zählt, nach Tahiti: „Nach allem, was wir auf dieser Insel gesehen und erfahren, dünkte sie uns, im ganzen genommen, einer der glücklichsten Winkel der Erde“, schrieb Forster in seinen 1778–1780 veröffentlichten Berichten über die Reise um die Welt. „Dies war eine der schönsten Gegenden, die ich in meinem Leben gesehen. Kein Dichter kann sie so schön malen ... Die Insel sah nicht nur schon von fern sehr reizend aus, sondern je näher wir derselben kamen, desto schöner wurden auch die Prospekte, ja selbst bei jedem Spaziergange entdeckten wir neue Annehmlichkeiten. Je länger wir also blieben, je mehr wurden die Eindrücke des ersten Anblicks bestätigt ...“

Auch in späteren Jahrhunderten zog es Reisende auf ferne Inseln. A. E. Johann, der weitgereiste Schriftsteller aus Bromberg, besuchte die Philippinen: „Wenn ich am späten Nachmittag auf der großen Straße von Jakarta nach Bandung aus der schwülen Hitze der Hauptstadt wieder in die duftende Kühle meines Dorfes auf der Höhe bei Cianjur zurückkehrte und die sinkende Sonne das fruchtbare Hügelland, wo jeder Fußbreit genutzt war, in Fluten von goldenem Licht tauchte, dann erschienen mir die vielen blinkenden Spiegel der Reisäcker wie die vollendet geschliffenen Facetten eines riesigen Juwels ...“

Ins östliche Mittelmeer, genauer gesagt nach Zypern, zog es die im Kreis Treuburg geborene Graphikerin und ostpreußische Kulturpreisträgerin Lieselotte Plangger-Popp. Mit den Augen einer Künstlerin, die auch schon Island, Irland oder Ischia besuchte, schilderte sie die prachtvolle Natur auf der geteilten Insel: „In den schattigen Abhängen leuchtete der Ginster, es blühten noch Iris und Hyazinthen, rote und gelbe Anemonen und ganz versteckt wilde Orchideen. Später windet sich der sandige Weg an der flachen Küste entlang, Bäche münden ins Meer, das unermüdlich um Klippen und Steine rauscht.“ Eine andere Reise führte Lieselotte Plangger-Popp auf die griechi-



Gisela Brandes: Wattseite List/Sylt (Spachteltechnik, 1998)

sche Insel Ägina. „Besonders eine Abendstunde bleibt unvergeßlich“, erinnert sie sich. „Ich war zur gegenüberliegenden Höhe hinaufgewandert. Wie ein Kleinod lag der Tempel eingebettet ins Dunkel der Pinien, sie hoch überragend. Im Süden stieg aus den Schatten der Oros, höchster Gipfel der Insel. Wie Muschelschalen lagen Täler zwischen Hügelketten und Buchten. Harzduft drang herauf, letzte Helle verglomm am Himmelsgewölbe hinter rosig umrandeten Wolkenbänken – der Untergang des Lichtes wurde entrückt im Schleier der Dämmerung. Es war ein dankbares Abschiednehmen mit dem Wunsch, noch einmal Zeit zu haben für diese Insel ...“

Kein Wunder, wenn bei einer solchen Reise, bei derartig tiefen Eindrücken der Künstler immer wieder zum Skizzenblock oder auch zum Fotoapparat greift, um diese ersten Eindrücke festzuhalten. Oft entstehen später im Atelier dann ausgefeilte Gemälde, wie etwa bei Gisela Brandes, der Westpreußin aus Stuhm, die nicht nur Sylt als Künstlerin erlebte, sondern auch die Insel Malta mit ihren beeindruckenden Zeugnissen vergangener Kulturen.

Hildegard Grube-Loy aus Warnicken lebte lange Jahre im hohen Norden Europas, in Norwegen, und hat die Natur dieses Landstrichs meisterhaft dargestellt. Besonders eindrucksvoll sind ihre Aquarelle, auf denen das Nordlicht zu sehen ist. Bei Wind und Wetter war die Ostpreußin in der freien Natur, um dieses physikalische Phänomen künstlerisch zu erfassen. So entstanden auch die Arbeiten, die eine wildzerklüftete

Inselgruppe zeigen, die Lofoten. Wer sie einmal gesehen hat, wer einmal erlebte, wie die düsteren Felsen aus dem Meer emporsteigen, wird diesen Anblick kaum vergessen.

Eine Insel im Norden hatte es auch einem anderen Maler angehtan. 1851 machte sich Adolph Menzel mit seinen Geschwistern auf eine einwöchige Reise nach Rügen und Stettin – natürlich bewaffnet mit einem Skizzenblock. Im nachhinein erinnert sich der Breslauer an seine Erlebnisse und schreibt an einen Freund: „Bis Ende Oktober habe ich mit Ausnahme eines achttägigen Ausflugs nach Rügen im August fast jeden Abend bis Mitternacht Modell exerziert. Das Rügen hatte ich mir doch noch nicht so gedacht, seine prachtvollen Waldvegetationen so dicht mit dem Meer im Zusammenhang macht doch ein ganz famoses Ensemble. Auch die ersten Seekrankheiten konnte ich auf der kurzen Überfahrt sehen, mir thats nichts, und so gabs die schönsten Dinge zu beobachten ...“

Wehmütig erinnerte sich Johann Gottfried Herder, der Mohrringer, an seinen Aufenthalt in Neapel 1789 während seiner Italienreise. Wenn er auch vom „Land, wo die Zitronen blühen“ nicht so begeistert war wie Freund Goethe, so findet er doch Verse, die jeder Reiselustige nachempfinden kann: „Ja, verschwunden/ sind sie, sind verschwunden/ jene kurzen, jene schönen Stunden,/ Die auch ich am Pausilipp erlebt./ Holder Traum von Grotten, Felsen, Hügeln,/ Inseln und der Sonne schönen Spiegeln,/ Seen, Meer – du bist mir fortgeschwebt ...“



Lieselotte Plangger-Popp: Aegina (Zeichnung, 1985/87)

schauliche Art, die Historie von Italien und auch Griechenland den Menschen näherzubringen, noch heute gern gelesen wird, die Insel Elba. Von Livorno nahm er das Dampfschiff, um zu der Insel, die eng – ebenso wie Korsika – mit dem Leben und Schicksal Napoleons verbunden ist, zu gelangen: „Je näher man Elba kommt“, so Gregorovius, „desto rauer erscheinen seine Felsen; von Ortschaften ist kaum eine Spur zu sehen, außer einem kleinen Hafenort, den man linker Hand liegen läßt. Die Ufer schroff und von einer finsternen Majestät ...“

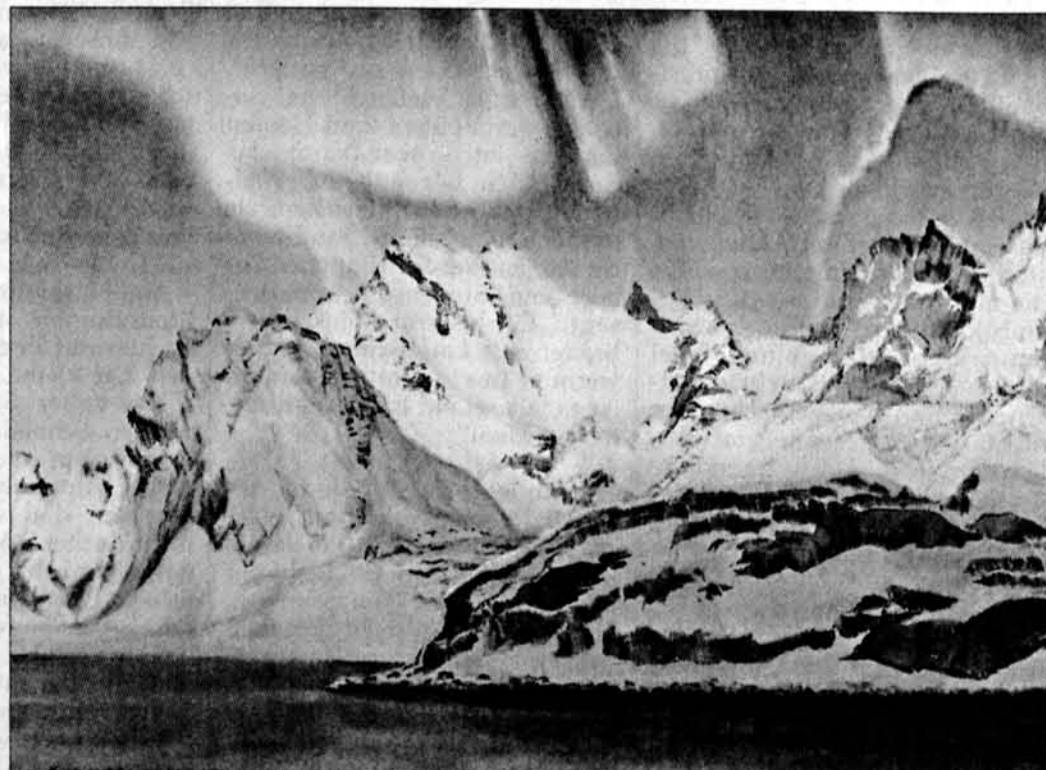
Schroff und steil sind auch die Felsen auf der Insel Capri, die der Neidenburger im Juli/August 1853 besucht. „Das Meer war so still wie der Himmel und alles in weiter Ferne in träumerischem Duft verloren“, schreibt er. „Aber Capri stand vor uns, groß und ernst, klippenstarr und felszackengepanzert, in der melancholischen Wildheit seiner Berge und in der Schroffheit steiler Kalkwände von roter Farbe, fürchterlich und lieblich zu gleicher Zeit ...“

„Einen ganzen Sommermonat lebte ich auf dem Eiland Capri und genoß die Fülle zaubervoller Einsamkeit des Meers“, so Gregorovius. „Nun möchte ich auch

und kleine, auf solche in südlichen Meeren oder solche im hohen Norden? Die Suche nach Grenzen, nach dem Überschaubaren? Die Suche nach Geborgenheit, nach dem eigenen Ich, zu dem man eher in der Abgeschiedenheit einer Insel findet, denn auf dem Festland, wo sich die Grenzen in die Unendlichkeit verschieben? – Eigene Insel-Erfahrungen werden plötzlich gegenwärtig von den Lofoten bis Gozo, von den Kanaren bis Zypern, von Föhr bis Anglesey, von Rhodos und Samos bis Kreta: Wie kostbare Perlen reihen sie sich an einer langen Schnur – und doch fehlen noch so viele dieser Kleinode ...

Immer wieder hat es Reisende aus allen Jahrhunderten in die Ferne gezogen, fremde Länder und Völker zu erkunden – und vielleicht auch die Insel der Glückseligen zu finden. Zu den bekanntesten – und erfolgreichsten – Reisenden des 18. Jahrhunderts gehört der in Nassenhuben bei Danzig geborene Johann Georg Forster, der als Begleiter seines Vaters Johann Reinhold an der zweiten Weltreise James Cooks teilnahm. Vor 230 Jahren stachen sie in See, um auf den Tag genau drei Jahre später wieder in England anzulanden. Dazwischen lagen viele Abenteuer und Beschwerden, Krankheit und

Hildegard Grube-Loy: Nordlicht über mondhelem Gebirge der Lofoten (Aquarell, 1990)



In Berlin ehrte Friedrich Wilhelm III. die großen Heerführer der Befreiungskriege (1813–1815) Friedrich Wilhelm Graf Bülow von Dennewitz (1755–1816) und Gerhard Johann David von Scharnhorst (1755–1813) mit Standbildern neben der neuen Wache. Nach dem endgültigen Sieg über Napoleon 1815 bei Belle Alliance, von den Briten Waterloo genannt, und dem Abschluß des Zweiten Pariser Friedens plante der König, die Straße „Unter den Linden“ vom Brandenburger Tor, das 1814 seine 1807 als Kriegsbeute nach Paris überführte Quadriga zurückerhalten hatte, bis zum Berliner Schloß zu einer „via triumphalis“ ausbauen zu lassen.

In diesem Zusammenhang entstand 1816 bis 1818 nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel die Neue Wache. Der Hofarchitekt nutzte den Auftrag für ein neues königliches Wachgebäude zu dessen Ausgestaltung als Monument für die Befreiungskriege.



Denkmal des Generals Friedrich Wilhelm Graf Bülow von Dennewitz neben der Neuen Wache. Stahlstich, um 1850.

Foto: nach Originaldruck der Sammlung des Verfassers

Die seit 18. Juni 1822 die Wache flankierenden Marmorstatuen der Generäle Bülow und Scharnhorst schuf sein Schüler Christian Daniel Rauch, deren Sockel entwarf Schinkel.

1826 folgte gleichfalls von der Hand des Hofbildhauers das Bronzedenkmal des Generalfeldmarschalls Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt (1742–1819), des „Marschalls Vorwärts“, auf der gegenüberliegenden Straßenseite zwischen Prinzessinnenpalais und Opernhaus. Als kleinere „Begleitfiguren“ Blüchers wurden schließlich 1855 auf Veranlassung Friedrich Wilhelms IV. die wiederum von Rauch geschaffenen Bronze-standbilder der Generäle Hans David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg (1759–1830) und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenau (1760–1831) aufgestellt.

Die Neue Wache, die fünf Generals-standbilder und die acht marmornen, den Lebensweg eines Kriegshelden vom Knaben bis zum Tod symbolisierenden klassizistischen Figurengruppen auf der Schloßbrücke, welche die Menge der anonymen Kämpfer ehren sollte, bildeten ein inhaltliches und kompositionelles Ganzes, das dem Gedenken und dem Dank für die Taten und Opfer

Standbilder Bülows und Scharnhorsts wieder an der Neuen Wache:

Halbe Rückkehr

Heinrich LANGE über die Geschichte zweier Heerführer-Denkmale

der Befreiungskriege gewidmet war.

Die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor Luftangriffen eingemauerten Generals-Denkmal befanden sich bis 1950 am historischen Standort. Nach dem Einsturz eines Teils der Front der kriegsbeschädigten Neuen Wache im April 1950 wurden im Zusammenhang mit den Sicherungsarbeiten vor dem Pfingsttreffen der FDJ am 30. Mai 1950 die Standbilder Bülows und Scharnhorsts bis auf die Sockel entfernt. Der Sockel des Bülow-Denkmal mit der Widmungsschrift „FRIEDRICH WILHELM III. / DEM GEN. GRAFEN BÜLOW / VON DENNEWITZ / IM JAHR 1822“ über dem preußischen Adler war mit rotem Tuch verhüllt und trug die Parole „Unser Dank dem großen Stalin ...“ (1). Durch die Beseitigung der berühmten Heerführer sollte der Wache ihr militärischer, vor allem aber ihr preußischer Charakter genommen werden. Die Generals-standbilder kamen ins unweit gelegene, als Depot der Staatlichen Museen zu Berlin Preussischer Kulturbesitz genutzte Neue Museum.

Nach den ersten Wiederaufbauarbeiten beschloß der Magistrat von Berlin die Umwidmung und Umgestaltung der Neuen Wache vom „Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges“ zum „Mahmal für die Opfer des Faschismus der beiden Weltkriege“. 1960 wurde dieses anstelle des Zusatzes „und der beiden Weltkriege“ mit dem „und Militarismus“ eingeweiht. 1963/64 erhielt der Architekt Heinz Mehlan, der schon 1957 mit der Beseitigung von Kriegsschäden und der fehlerhaften Ausbesserungsarbeiten von 1951 an dem Wachgebäude beauftragt worden war und in diesem Jahr einen Umgestaltungsentwurf für deren Innenraum vorgelegt hatte, den Auftrag, die Generals-standbilder wieder in den Stadtraum zu bringen. Als 1964 der Platz zwischen Deutscher Staatsoper und wiedererrichtetem Prinzessinnenpalais (Opern-Café) neu eingerichtet wurde, entwickelte er den Plan, die Standbilder gegenüber der Neuen Wache im Prinzessinnengarten, dem nunmehrigen östlichen Bebelplatz, aufzustellen.

Die Statuen Blüchers, Yorcks und Gneisenaus wurden im hinteren Teil der Grünfläche aufgestellt, wo sie noch heute – von der

Straße „Unter den Linden“ durch den Baumbestand halb verdeckt stehen. Vorn zur Straße hin sollten Bülow und Scharnhorst ihren Platz finden. Bülow aber kehrte nicht zurück. Die marmorne Figur des bei den DDR-Instanzen weniger beliebten „Militärs“ Bülow – nach dem Heeresreformer Scharnhorst, der 1813 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hatte, wurde hingegen 1966 die höchste militärische Auszeichnung der DDR, der Scharnhorst-Orden, benannt – überdauerte immerhin dadurch, daß sie nicht über ein Vierteljahrhundert lang Wind, Wetter und Abgasen ausgesetzt war, nahezu unversehrt im Museumsdepot. Eine damals von der Denkmalpflege geforderte originalgetreue Wiederaufstellung der Denkmäler konnte nicht durchgesetzt werden.

Nach der Ost-Berliner Bildhauerin Christa Sammler wurden in der Schlußphase der DDR die Sta-

Eine unterirdische Fernleitung verzögerte die Aufstellung

tue Bülows renoviert und die zerstörte Sockelschrift des Scharnhorst-Denkmal wiederhergestellt. Beide Standbilder sollten 1990 an ihrem Originalstandort vor der Neuen Wache wiederaufgestellt werden. Aufgrund von Schwierigkeiten mit einer unterirdischen Fernleitung verzögerte sich die Aufstellung.

Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde dieser Rückführungsplan dann revidiert. Zunächst aber war das nun auf Gesamtberliner Terrain operierende West-Berliner Denkmalpflegeamt entschlossen, mit den beiden Rauchschen Marmororiginalen die alte Plazierung der Figuren zu seinen der Wache wiederherzustellen. Noch 1993 informierte das vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin herausgegebene „Berlin-Handbuch“, das Scharnhorst-Denkmal sei „1922 zur Restaurierung wieder entfernt“ worden und solle „danach seinen alten Standort zusammen mit dem zur Zeit gleichfalls restaurierten Denkmal des Grafen Bülow von Dennewitz an der Neuen Wache wieder erhalten“.

Auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl beschloß 1993 die Bundesregierung nach parteiübergreifenden Gesprächen, Teile des Bauprogramms, das Heinrich Tessenow 1931 für die Gedenkstätte entwickelt hatte, wiederherzustellen und mit einer im Maßstab 1:4 vergrößerten Replik der Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ von Käthe Kollwitz zu verbinden. In der Rede des Bundeskanzlers bei der Debatte des Deutschen Bundestages am 14. Mai 1993 zur zentralen Gedenkstätte Neue Wache heißt es dementsprechend: „Nun hat die Bundesregierung auf meinen Vorschlag hin am 27. Januar beschlossen, die ... Neue Wache im Herzen der Hauptstadt Berlin den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft zu widmen. Wir haben ebenfalls beschlossen, dort die Skulptur ... von Käthe Kollwitz aufzustellen.“

Es gab Stimmen, die selbst diese Pietà ablehnten. So war noch im Juli 1993 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen: „Doch ist die Wiederherstellung der alten Plazierung mit dem Gedanken eines Mahnmals an die Opfer des Terrors und des Krieges nicht verträglich. ... Die beiden Generals-Statuen zu seiten des Bauwerks würden diesem, bei all ihrer historischen Entlegenheit, den Charakter eines Krieger-Ehrenmals zurückgeben. Auch die Kollwitz-Skulptur würde diesem Sinn verfallen, um so mehr, als sie ihm an sich nahesteht. Denn diese Pietà ist ein Gefallen-Mal, und einer der substantiellen Einwände, die sich gegen die Aufstellung der vergrößerten Plastik richten, geht darauf, daß dies Gedenkzeichen an einen Krieg, in dem die Mütter in der Heimat überlebten, indes die Söhne an der Front ihr Leben ließen, sich gegenüber dem von der Nazi Herrschaft entfesselten totalen Krieg als unzuständig erweist“ (Friedrich Dieckmann).

Mit der Ausstattung der „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ durch die meisterliche, weit überlebensgroße Nachschöpfung der „Mutter mit totem Sohn“ (Bronze, 1937/38) von Kollwitz (1867–1945) des Berliner Bildhauers Harald Haacke (geb. 1924), gegossen in der renommierten Bildgießerei Hermann Noack in Berlin-Friedenau, im Jahr 1993 verfolgte man dann bekanntlich andere Pläne. In einem Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kohl und den Kollwitz-Erben wurde vereinbart, die beiden Generäle nicht wiederaufzustellen.

Dieser Vertrag (Urheberrechte der Erbgemeinschaft von Käthe Kollwitz) von 1995 soll für 20 Jahre geschlossen worden sein. Er würde damit zwar erst nach der 200. Wiederkehr der Befreiung Preußens im Jahre 2013, aber – offenbar zufälligerweise – rechtzeitig zum großen Jubiläumsjahr 2015 der Schlacht von Belle Alliance mit dem endgültigen Sieg der europäischen Koalitionsarmee über Napoleon enden.

Zunächst in den Schlachten von Luckau, Großbeeren und Dennewitz hatte Bülow 1813 als Generalleutnant die preußische Hauptstadt Berlin dreimal vor der erneuten Besetzung durch napoleonische Truppen gerettet. Nach dem Sieg der Verbündeten über

Napoleon in der Schlacht bei Paris am 30. März 1814 ernannte ihn der König in Anerkennung seiner Verdienste zum General der Infanterie und erhob ihn am 3. Juni mit dem Beinamen von Dennewitz in den erblichen Grafenstand.

Seit 1993 harrten die beiden Marmorwerke Rauchs in einem Brettverschlag auf dem Gelände der Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen in Berlin-Reinickendorf besserer Tage. Da im Frühjahr 2002 bei der Umgestaltung der Grünfläche selbst der Betonkern des Sockels des Scharnhorst-Denkmal verschwunden war, überraschten die Pressemeldungen, daß die beiden Generals-standbilder in wenigen Wochen nach „Unter den Linden“ zurückkehren sollten – allerdings nicht links und rechts der Neuen Wache, sondern dieser gegenüber an den vorderen Rand des ehemaligen Prinzessinnengartens. Der Berliner SPD-PDS-Senat hat



In einem Brettverschlag der Senatsverwaltung in Berlin-Reinickendorf harrten die beiden Marmorwerke Rauchs, Scharnhorst und Bülow, besserer Tage. Foto: Ges. Historisches Berlin e.V.

sich damit für die alte Lösung der DDR der 60er Jahre entschieden, nur daß damals das Denkmal des Generals Bülow letztlich nicht zur Aufstellung gekommen ist.

„Als Kämpfer gegen die napoleonische Fremdherrschaft seien sie der DDR-Regierung ideologisch passabel erschienen“, meinte Kultursenator Thomas Flierl (PDS). Die Generäle seien für ihn „Zeichen einer gebrochenen Geschichte, die es gelte, sichtbar zu machen. ... Die beiden in einem Museum zu verbergen, wäre bedauerlich.“ Der jetzt gewählte Standort sei, so *Der Tagesspiegel* in Berlin weiter, vom Kollwitz-Nachkommen Arne Kollwitz, der „den künstlerischen Wert der Skulpturen“ sehe, begrüßt worden.

Dennoch bleibt zu hoffen, daß eines Tages nach Überwindung ideologischer Gründe die Wiederherstellung des bedeutenden klassizistischen Denkmals-Ensembles nach der originalen Konzeption von Schinkel und Rauch mit den Statuen Bülows und Scharnhorsts zu seiten der Neuen Wache und denen Blüchers, Yorcks und Gneisenaus auf der gegenüberliegenden Seite des Boulevards verwirklicht werden kann, wie dies auch die „Gesellschaft Historisches Berlin“ seit längerem fordert. ■

Die Figur des »Militärs« Bülow war bei den Instanzen der DDR weniger beliebt

Seinen 80. Geburtstag

feiert am 31. August 2002 mein lieber Mann

Heinz Sattler

aus Finkental, Kr. Tilsit-Ragnit

jetzt wohnhaft Am Dorfteich 24, 18184 Broderstorf

Es gratulieren von Herzen und wünschen noch schöne und vor allem gesunde Jahre im Kreise seiner Lieben seine Frau Lilo

die Kinder Michael und Juliane mit Petra und Meinhard sowie die Enkelkinder Henning, Holger, Kerstin, Christian und Martin

Ihren 85. Geburtstag

feiert am 2. September 2002

Agatha-Inge Grunenberg

geb. Burchert

aus Braunsberg, Ostpreußen

Teichstraße 34 / Seeligerstraße 70

Es gratulieren herzlich ihr Gatte Paul mit Tochter Gabriele, Schwiegersohn Jörg und den Enkeln Svea und Jan

W.-A.-Mozart-Straße 16, 70806 Kornwestheim

Wenn wir Dir auch Ruhe gönnen, ist voll Trauer unser Herz. Dich leiden sehen und nicht helfen können, das war unser aller Schmerz.

Helmut Scheffler

* 27. 6. 1924 † 20. 8. 2002

in Genditten in Duisburg

Kr. Bartenstein

Sienken, Kr. Pr. Eylau

Was uns bleibt, ist die Erinnerung an viele gemeinsame und glückliche Jahre, und diese Erinnerung kann uns niemand nehmen, denn sie gehört nur uns.

In Liebe

Ute und Klaus

Elke und Gerd

mit Laura

Verwandte und Freunde

früher Averdunksweg 5, 47506 Neukirchen-Vluyn

Traueranschrift: Ute Scheffler, Koloniestraße 106, 47057 Duisburg

Die Beerdigung hat im Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

„Nur jeden Tag eine halbe Stunde gesät für andere und du wandelst im Alter durch ein Ährenfeld der Liebe, der Freundschaft und der Freude.“
Emil Frommel

Hurra, Hurra, wie wunderbar, ein lieber Mensch wird 90 Jahr am 1. September 2002

Lea Borowski,

geb. Krankowski

früher: Grüneberg, Kr. Angerburg

Sidden (Halldorf), Kr. Treuburg

jetzt Brandenburger Str. 75, 21244 Buchholz/Nordheide

Wir gratulieren Dir herzlich zu diesem besonderen Ehrentag und sind dankbar, daß Du in uns soviel Liebe gesät hast.

Deine Kinder Ellen, Klaus, Urte (mit Werner, Hilma).

Die Enkel Ralf (mit Gabi), Regine (mit Andreas), Frank, Gudrun (mit Volker), Harald

und die Urenkel Jonathan, Marc, Sary, Yannis, Leander.

Möge der liebe Herrgott Dir noch lange gute Gesundheit und Unternehmungsfreude schenken!

Oberstabsarzt

Dr. Ernst-Ulrich Aeckerle

* 17. 9. 1914 † 15. 8. 2002

Lüneburg Hamburg

Er folgte seinem Bruder

Leutnant

Rolf Aeckerle

* 6. 12. 1923 in Hamburg

✱ 29. 1. 1944 in Ljubür, Rußland

Im Namen aller Hinterbliebenen

Björn Cleves

Und die Meere rauschen
Den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
In die Ewigkeit.

Tag hat angefangen
Über Haß und Moor,
Licht ist aufgegangen,
Steigt im Ost' empor.

Ilse Schmidt

geb. Hintze

* 14. Juni 1924 † 16. August 2002

Pronitten Bremen

Krs. Labiau

Wir trauern um unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante, Großtante und meine Lebensgefährtin.

Siegfried und Eva König, geb. Hintze

Josef und Karin Willenbrock-Abd-el-Fatah

Nichten, Neffen mit Familien

Hannes Schmidt

Landskronastraße 2, 28719 Bremen-Marßel

Traueranschrift: Eva König, Am Schiffgraben 8 a, 27726 Worpsswede

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreise stattgefunden.



Du hattest stets ein fröhlich Herz, dies bleibt uns Trost trotz großem Schmerz.

Ursula Milthaler

geb. Thimm

* 25. 11. 1923 † 5. 8. 2002

„Rittergut Lonschken“, Kreis Gerdauen / Ostpreußen

Wir trauern um unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Tante, Schwester und Schwägerin

H. - J. und Gisela Capellmann, Uwe und Gisela Milthaler, geb. Milthaler und Matthias geb. Pfeil und Kinder

Brigitte Gaden, Alfons Hocks als Witwer von geb. Thimm Rosemarie Hocks, geb. Thimm

52072 Aachen, Horbacher Straße 282 a

„Wir vermissen Dich sehr“

Wir trauern um unser verehrtes Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen, unseren langjährigen Schatzmeister im Vorstand der Landesgruppe Hamburg

Herrn

Karl Piechotka

Er diente mit all seinen Kräften unserer Landsmannschaft und war noch ein Leipzig.

Sein unerwarteter Tod bewegt uns alle.

Wir werden seiner in Ehren gedenken.

Mit stillem Gruß

Landesgruppe Hamburg

Hartmut Klingbeutel

1. Landesvorsitzender

Wie rastlos war Dein Leben und Streben.
Wie freudig kamst Du Deinen Pflichten nach.
Ein Stillstehen gab es nicht in Deinem Leben, bis Dir der Tod die Augen brach.
So ruh nun sanft und schlaf in Frieden.
Hab tausend Dank für Deine Müh.
Ob Du nun bist von uns geschieden, in unseren Herzen stirbst Du nie!

Lisa Walther

geb. Neumann

geb. 5. 11. 1910 in Kreislacken (Samland)

† 18. 8. 2002 in Hamburg

Der Lebensweg unserer Mutter, Oma, Uroma und Tante hat sich vollendet.

Traueranschrift: Günter Walther, Sülldorfer Brooksweg 134, 22559 Hamburg 56

Die Beerdigung hat am 27. August 2002 um 12 Uhr auf dem Blankeneser Friedhof stattgefunden.

Nach einem langen, erfüllten Leben entschlief unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Antonie Jackstien

geb. Wiechmann

* 15. Dezember 1901 † 16. August 2002

in Premtinen Wiesbaden

Ostpreußen

In Liebe und Dankbarkeit

Erna Brück, geb. Jackstien

Reinhard Brück

Gudrun Albrecht, geb. Brück und Familie

Goebenstraße 9, 65195 Wiesbaden

Die Trauerfeier fand im engsten Familienkreis statt.

Das einzig Wichtige im Leben sind die Spuren von Liebe, die wir hinterlassen, wenn wir weggehen.
Albert Schweitzer

Unser liebevoller Vater, mein fürsorglicher Sohn, mein herzensguter Bruder und treuer Freund

Bernd Gesien

* 30. 5. 1943 † 16. 8. 2002

in Tilsit in Düsseldorf

ist von uns gegangen. In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied. Jeder, der ihn kannte, weiß, wie groß unser Schmerz ist. In unseren Herzen lebt er weiter.

In stiller Trauer

Ulrich Gesien und Christine Rath

Michael und Joachim Gesien

Ulla Gesien

Klara Gesien

Manfred Gesien

Angelika Hübner und Anverwandte

Suitbertusweg 13, 42781 Haan

Wir haben unseren lieben Verstorbenen am Donnerstag, dem 22. August 2002, auf dem ev. Friedhof in Haan, Alleestraße, beerdigt.



Nichts ist auf dieser Erden, das da beständig bleibt, allein die Güte des Herren, die währt in Ewigkeit, steht allen Menschen offen; Gott läßt die Seinen nicht. Drauf setz ich all mein Hoffen, mein' Trost und Zuversicht.

472,2
Greifswald

Aus der Heimat einst vertrieben, die Du doch so sehr geliebt, gehst Du heim in ewigen Frieden, wo der Herr Dir Ruhe gibt.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Berta Pfennig

* 18. 5. 1906 in Heinrichshöfen, Kreis Sensburg

† 17. 8. 2002 in Vaihingen a. d. Enz

In stiller Trauer

Gerhard und Anni Pfennig

Hans-Dieter und Gerda Dreischmeier, geb. Pfennig

Manfred und Berna Pfennig

Siegbert und Martina Pfennig

Frank Dreischmeier sowie alle Urenkel

Schloßbergstraße 18, 71665 Vaihingen

Die Beerdigung hat am Donnerstag, dem 22. August 2002, in der Friedhofskapelle in Neustadt a. Rbg. stattgefunden.



Jürgen Riethmüller: „Die Anfänge der Demokratie in Deutschland“, Sutton Verlag, edition tempus, Erfurt 2002, 224 Seiten, 17,90 Euro

»Müder Abklatsch«

Die Entstehung der Demokratie in Deutschland und ihre Vorbilder

Der französische Empörergeist“, schrieb im November 1789 Justus M. Hoscher, Sekretär des Reichskammergerichtes zu Wetzlar, packte Deutschland „wie ein elektrischer Schlag“. Tatsächlich provozierten die tiefen Umbrüche des Nachbarlandes diesseits des Rheins mannigfache Reaktionen. Den Debatten der Gelehrten folgten Proteste bürgerlicher Kreise und sogar Volkstumulte. Vor allem in West- und Süddeutschland entstanden allenthalben, orientiert an französischen Vorbildern, de-

mokratische Clubs. Der Historiker Jürgen Riethmüller sieht eine „regelrechte demokratische Bewegung“ am Werk, die, so spekuliert er, etwa zehn Prozent der deutschen Bevölkerung erfaßt habe.

Der Autor tritt der These entgegen, daß es in Deutschland „keine oder nur wenige demokratische Traditionen“ gegeben habe, und er empfiehlt, „jenen Frühling als Quelle traditioneller Verortung der heutigen Bundesrepublik“ zu nutzen. Schon vor 1789 hätten einzelne deutsche Intellektuelle wie Christian Wolff, Schlegel oder Georg Forster demokratische Prinzipien vertreten. Aber erst die französische Revolution ließ dieses Rinnsal zu einem mächtvollen Strom anschwellen. Nun artikuliert sich eine breitgefächerte „schriftliche Öffentlichkeit“.

Demokraten hießen damals „Republikaner“ oder „deutsche Jakobiner“; sie eiferten französischen, aber auch antiken Vorbildern nach. Volkssouveränität, Mehrheitsprinzip, individuelle und soziale Grundrechte, Gewaltenteilung bildeten die Eckpfeiler ihres Denkens. Selbstverständlich gab es viele Differenzen im einzelnen; auch ist der fundamentale Gegensatz von Liberalen, die soziale Gleichheit und allgemeines Wahlrecht ablehnten, und den Anhängern demokratischer Partizipation zu beachten.

Mehrere im späten 18. Jahrhundert erdachte Verfassungsentwürfe, darunter die „Grundlinien zu einer allgemeinen deutschen Republik“ von W.T. Krug, inspirierten laut Riethmüller noch die Paulskirchenversammlung von 1848. Der Autor schildert in seiner stark systematisch angelegten Studie auch die Insurrektionen städtischer und bäuerlicher Kreise, wobei letztere oft eine Rückkehr zum „alten Recht“ verlangten. Auch das Zwischenspiel der „Mainzer Republik“ von 1792/93 und die kurzlebige „Cisrhenanische Republik“ im Raum Köln/Aachen, beide von Frankreich dominiert, werden knapp erörtert.

Obwohl Riethmüller kaum Primärquellen studierte, hat er diesen interessanten Aspekt deutscher Geschichte gründlich bearbeitet. Dennoch stellt sich die Frage, ob er an wichtigen Punkten das Geschehen angemessen interpretiert. Auch Riethmüller kann die Tatsache nicht verschleiern, daß es der „frühdemokratischen“ Bewegung, die meist auf den politisch ohnmächtigen deutschen Südwesten beschränkt blieb, nicht gelang, die

Verhältnisse signifikant zu ändern. In dem staatlich extrem zersplitterten und rückständigen Deutschland fehlten fast alle Grundlagen, die eine demokratische Fundamentallopposition benötigte. Es bedurfte zahlreicher Vorarbeiten, um in Deutschland die nötige historische „Reife“ herzustellen. Daher sollte man sich nicht wundern, daß „deutsche Jakobiner“ keine Wege zur politischen Praxis fanden. Sie repräsentierten nicht zuletzt die sehr deutsche Tradition idealistischer Philosophie. Außerdem entschärften, wie Riethmüller richtig bemerkt, die Reichsgerichte politische Konflikte.

Statt nun die vielen und wichtigen Unterschiede zwischen französischer und deutscher Kultur zu analysieren, dekretiert Riethmüller im Stil eines PR-Managers, daß die These vom deutschen Sonderweg „Bullshit“ sei. Die Revolution von 1848 gilt ihm als „müder Abklatsch“ der demokratischen Bewegung des 18. Jahrhunderts. Genauso verzeichnet er historische Proportionen, wenn er die Bedeutung des „aufgeklärten Absolutismus“ verkennt. Seit 1800 habe hierzulande bis 1918 nur die „Reaktion“ geherrscht! Trotz Stein und Hardenberg, Graf Stadion und Montgelas, von Bismarck zu schweigen? Zu häufig fiel Riethmüller seiner gut gemeinten Emphase zum Opfer. Rolf Helfert

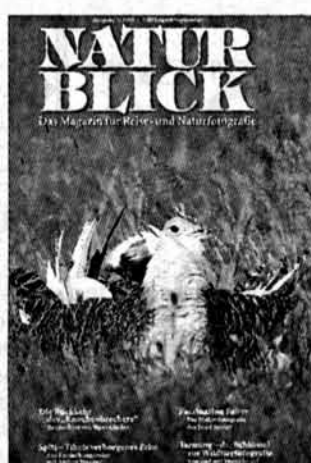
Alle hier vorgestellten Bücher sind über den Preußischen Mediendienst, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon 0 40/41 40 08-27, zu beziehen.

Mit Kamera und Stativ

Neues Fach-Magazin für Reise- und Naturfotografie

Für Menschen, die gern mit dem Fotoapparat in der Natur unterwegs sind, gibt es eine neue Zeitschrift auf dem heiß umkämpften Markt der einschlägigen Fachpublikationen. „Naturblick“, jetzt mit der Ausgabe 2 im Handel, wird von dem gebürtigen Masuren Peter Scherbuk herausgegeben und redigiert. Das „Magazin für Reise- und Naturfotografie“, das Scherbuk mit zwei Kollegen im eigenen Unternehmen in Düsseldorf herstellt und verlegt, wendet sich vor allem an den ambitionierten Amateur. Zwar werden die einzelnen Reportagen oft durch technische Angaben ergänzt, doch mit dem Hinweis auf Kameratyp und Daten der verwendeten Optiken hat es sich dann meistens: Das Heft ist nicht techniklastig, es gibt – jedenfalls bislang – keine Tests von Gerät und Ausrüstung.

liebe ist, sondern die Liebe zur Natur“, schreibt die Redaktion im Vorwort zu Ausgabe 2, einer „Naturfotografie“, die nicht ein letztes, möglichst gelungenes „Erinnerungsfoto“ von einer sinkenden Arche ergattern, sondern mit Herz und Verstand die Liebe und das Verständnis der Natur gegenüber weitervermitteln möchte.“ Daß dieses Konzept aufgehen könnte, glaubt offenbar auch Günter Lamprecht: „Natürlich lese ich Naturblick“, berlinert der Schauspieler mit ostpreußischen Großeltern im Heft.



wenig stört: Für das Frühjahr 2003 bietet „Naturblick“ mit Kodak eine Leserreise nach Ermland und Masuren an, deren Teilnehmer unter anderem von zwei der bekanntesten Natur- und Tierfotografen Europas, Franz Bagyi und Horst Niesters, begleitet und angeleitet werden. wel

JUP-Verlag, Fichtenstr. 75, 40233 Düsseldorf, Fax 02 11/77 92 99-19,

E-Mail: verlag@naturblick.com

Tarzan und Jane

Geschlechtsspezifische Schwächen erklärt

Ich bin eine Frau! Nicht daß diese Erkenntnis an sich neu ist. Nein, wahrhaftig nicht, aber die Erkenntnis, daß ich mich wie eine Frau verhalte, ist zugegeben neu und mir nicht sonderlich angenehm.

In der Schule hatte man uns doch erklärt, daß die Unterschiede zwischen Mann und Frau hauptsächlich Folgen der geschlechtsspezifischen Erziehung in unserer zu reformierenden Gesellschaft seien, nun aber bekommt diese Weisheit Risse. Das australische Ehepaar Pease schreibt über diese Erziehung: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit werden Jungen und Mädchen auf dieselbe Art und Weise erzogen. Wir bringen ihnen bei, daß sie gleich sind und die gleichen Fähigkeiten haben. Als Erwachsene heiraten sie, wachen eines schönen Morgens auf und stellen fest, daß sie so unterschiedlich sind wie Tag und Nacht.“ Die Autoren nehmen sich der scheinbar unerklärlichen Schwächen der beiden Geschlechter an und begründen diese mit ganz natürlichen biologischen Unterschieden. Zu gerne hätte ich dieses Buch mit dem lustigen Titel „Warum Männer nicht zuhören können und Frauen schlecht einparken“ als Schwachsinn abgetan, doch die Autoren erklären alles so stichhaltig, daß man ihnen einfach glauben muß.

So sei es kein Zufall, daß ich wie viele Frauen Probleme damit habe, rechts und links zu unterscheiden. Das weibliche Gehirn arbeitet eben anders als das männliche, und auch das Einparken ist für mich tatsächlich ein stetes Rumgekurve, während ich neidisch Männer beobachte, die in atemberaubender Geschwindigkeit rückwärts in eine winzige Parklücke sausen.

Die Autoren nehmen sich aber auch der männlichen Schwächen an und erklären, warum Männer beispielsweise häufig, wenn sie lesen, nicht mitbekommen, was die Menschen um sie herum erzählen, was wiederum für viele Frauen überhaupt kein Problem darstellt, denn „Sie“ kann sich auf mehrere Dinge gleichzeitig konzentrieren.

Bei vielen Anekdoten, die die Autoren aus ihren Berufserfahrungen als Kommunikationstrainer erzählen, wird der Leser beständig nicken, denn es gibt so viele Vorfälle, die man aus seinem eigenen Erleben schon kennt und bisher nur nicht bewußt wahrgenommen oder sich darüber geärgert hat, ohne zu wissen warum. So streben „Männer nach Macht Erfolg und Sex, Frauen nach Beziehung, Stabilität und Liebe. Sich darüber aufzuregen, ist ungefähr so sinnvoll, wie den Himmel zu verfluchen, daß er Regentropfen zur Erde schickt – regnen wird es dennoch.“



Allan und Barbara Pease: „Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken“, Ullstein, München 2002, broschiert, 397 Seiten, 8,95 Euro

Zugegeben es klingt ziemlich schlicht, aber bei der Lektüre erkennt man, daß die Tendenz stimmt. „Sie“ ist eben eher eine viel redende Schmuskatze, die versucht die Familie zusammenhalten, während „Er“ häufig ein wortkarger, rationaler „Gas-herd“ ist (in Sachen Sex wird „Sie“ als Elektroherd bezeichnet).

Das Ehepaar spricht in humorvollem Ton die ganze Bandbreite der menschlichen Verhaltensweisen an, und man kann sich sicher sein, daß man nach der Lektüre des Buches seinen Mitmenschen noch längere Zeit mit dem neu erworbenen Wissen Ratschläge erteilen wird. R. Bellano

Was tun, wenn ...

ARD-Ratgeber zum Thema »Betreuung«

Im Zusammenarbeit mit den Verbraucherzentralen haben der westdeutsche und süddeutsche Rundfunk den Ratgeber „Betreuung“ herausgegeben. Hier wird darauf hingewiesen, daß niemand weiß, wie lange er in der Lage sein wird, seine Angelegenheiten selber zu regeln, denn nicht nur das Alter, sondern auch Unfälle oder Krankheiten können einen zum Pflegefall machen.

Der ARD-Ratgeber klärt darüber auf, daß bei Volljährigen nicht automatisch die Familie die Vertretung des Betreuungsfalles übernehmen kann, was auch gut so ist, da gerade innerhalb der Familie die Meinungen über das Wohl einer Person differieren können. Betreuer werden vom Amtsgericht bestimmt und dürfen dann den zu Betreuenden rechtlich vertreten.

Rücksichtnahme auf Lebewesen (zwei- wie mehrbeinige) und ihr Umfeld hat denn auch Priorität bei der Beurteilung der Arbeiten. Interessierte Amateurfotografen können sogar selbst lernen, wie ihr Eindringen in die Lebensräume mit Kamera und Stativ möglichst

Ein durchaus verbraucherfreundlich gegliederter und verfaßter Ratgeber! R. B.

Karl-Dieter Pardey: „Betreuung – ARD-Ratgeber Recht“, dtv (nomos), München 2002, broschiert, 176 Seiten, 8,50 Euro



Zählt Wasserkraft zu den „alternativen“ Energiequellen? Früher hätte man diese Frage gar nicht oder höchstens dahingehend verstanden, ob Wasserkraft in konkreten Fällen eine Alternative zu anderen Möglichkeiten sei. Heute wird die Frage immer verstanden – wegen der mißbräuchlichen Verwendung von „alternativ“: Es drückt nicht mehr ein Verhältnis aus, sondern eine Qualität und bedeutet jetzt „gut“ – „konventionell“ muß daher „schlecht“ sein.

Da die Verwendung von „alternativ“ für etwas quasi Absoluten nun doch ein wenig zu unseriös ist, benützt die EU seit 1995 in ihren „Weißbüchern“, „Grünbüchern“, „Richtlinien“ und sonstigen Ukassen das Wort „erneuerbar“. Ist Wasserkraft also erneuerbar? Auch diese Frage kann jeder verstehen, doch gerade „weil das doch selbstverständlich ist“, wird sie kaum gefragt. Schade, denn sie ist keineswegs mit „ja“ zu beantworten!

Wer lange vor PISA Physikunterricht genoß, erinnert sich vielleicht an den ersten Hauptsatz der Thermodynamik: Energie kann nicht verlorengehen, sondern jeweils nur in andere Formen umgewandelt werden, und

gegen bedeutet „Hilfeleistung“, setzt also eine Notlage voraus. Begünstigungen, die Betriebsansiedlungen ermöglichen, sind Förderungen. Solche, die Betriebsschließungen verhindern sollen, sind Subventionen. Forschung – auch für alternative Energiegewinnung – kann und soll man fördern, den Betrieb unwirtschaftlicher Einrichtungen inklusive „alternativer“ Stromerzeuger kann man allenfalls subventionieren. Sollte man aber nicht.

Denn während Förderung in der Regel Wertschöpfung bringt, führt Subvention ausnahmslos zu Wertvernichtung. Subventionen machen die Volkswirtschaft ärmer und können nur vorübergehende Maßnahmen sein, etwa um Härten auszugleichen. Längerfristig gibt es keine Alternative (hier im richtigen Sinn!) zur Wirtschaftlichkeit.

Das Subventionieren „alternativer“ Stromerzeuger direkt aus Steuermitteln oder indirekt durch Steuerbegünstigungen ist schlichtweg Diebstahl am Steuerzahler. Das rächt sich zwar als Minderung der Konkurrenzfähigkeit – und damit von Steueraufkommen und Volksvermögen. Doch da der Staat wie weiland



„Naturnäher gestalten“ heißt meist, die umweltschonend gewonnenen Energiemengen beträchtlich zu reduzieren: Die Edertalsperre in Hessen
Foto: dpa

Neue Energien (Teil II):

»Öko« contra Wasserkraft

EU-Richtlinien schädigen Wirtschaft und Umwelt / Von R. G. Kerschhofer

somit ist alles „erneuerbar“. Bei Kohle und Erdöl dauert es zwar länger, doch schon bei Erdgas geht es recht flott, wie das aus Depositionen aufsteigende Methan beweist. Begrifflich ist „erneuerbar“ also Unsinn, doch Wasserkraft gilt aus einem ganz anderen Grund als nicht erneuerbar: Als erneuerbar gelten nämlich nur „alternative“ Energiequellen, und Wasserkraft zählt nicht dazu. Mit einer kleinen Ausnahme: Strom aus Kleinkraftwerken ist sehr wohl „erneuerbar“!

Warum das so sein muß? Weil mit erneuerbar eigentlich „förderungswürdig“ gemeint ist. Und Förderung nennt man heute, was eigentlich „Subventionierung“ heißen sollte. Natürlich nur, wenn es zugleich auch „alternativ“, also gut ist – Gegenbeispiele unzulässig. Übrigens: Alternative Vordecker ersetzen das Wort erneuerbar mittlerweile durch „nachhaltig“, denn je schwammiger der Begriff, um so weniger auffällig der Unsinn.

Wer oder was steckt hinter dieser Verwirrung der Hirne und Begriffe? Warum und von wem wird Wasserkraft diskriminiert? Was ist überhaupt Wasserkraft, und welche Rolle könnte sie spielen, wenn sie dürfte? Wie hängt das alles mit Machtverhältnissen, Klima-Ängsten, Weltuntergangs-Prophezeiungen etc. zusammen? Darüber gilt es nachzudenken, zu diskutieren und Leserbriefe zu schreiben, um die Ungeheimheiten den „Experten“ und Mandatären öffentlich unter die Nase zu reiben. Hierzu ein paar Anregungen.

Beginnen wir mit volkswirtschaftlichen Aspekten: „Fördern“ kommt von „vor“ und bedeutet „vorwärts treiben“. Förderung soll erwünschtes Handeln auslösen oder erleichtern – unabhängig davon, ob der Geförderte in Not ist oder nicht. „Subvention“ hin-

das Milchmädchen ein simpler Ausgaben-Einnahmen-Rechner ist und keine Vermögensbilanz legt, merkt es keiner.

Noch infamer ist die Subventionierung über „Einspeis-Tarife“. Man überlege einmal folgenden Vergleich: Sollen Wirte, die zu teuer oder am falschen Platz arbeiten und daher keine Gäste haben, ihre überzähligen Schnitzel zu überhöhten Preisen bei rentablen Restaurants „einspeisen“ dürfen? Absurd! Überhöhte Einspeis-Tarife belohnen schlechtes Wirtschaften, und trotz aller grünen Behauptungen ist es physikalisch unmöglich, den in ein Netz eingespeisten Strom seiner Herkunft nach zu „markieren“. Der Konsument kann keinesfalls zwischen „gutem“ und „bösem“ Strom wählen. Wer „einspeist“, ist zudem Mitbenutzer einer bestehenden, bereits bezahlten Infrastruktur, ohne die sein Strom wertlos wäre. Die Kosten der Leitungen und Umspannwerke müssen logischerweise von allen Erzeugern anteilmäßig übernommen werden.

Sogar umweltpolitisch geht Quer-Subventionierung am Ziel vorbei: Denn dauerhaft zuschuß-

Der erste Hauptsatz der Thermodynamik beweist: »Erneuerbar« ist begrifflicher Unsinn

abhängige „Öko-Wirtschaft“ kann nur existieren, wenn es echte Wirtschaft gibt. Je mehr Leute für „Öko“ kassieren, desto mehr „schmutzige“ Wirtschaft ist nötig, um die Umverteilung zu finanzieren! Und da der Bau (sowie später die Entsorgung) von Anlagen zwangsläufig Energieverbrauch und Umweltbelastung mit sich bringt, ist der Bau unrentabler Anlagen nicht zu rechtfertigen. Es kann sein, daß „alternative“ Energiequellen eines Tages rentabel

werden – durch neue Technologien oder wegen Verknappung anderer Quellen. Dann sind Subventionen ohnehin unnötig, bis dahin aber schädigen sie Volkswirtschaft und Umwelt.

Nun zu Technik und Betriebswirtschaft. Bei Nutzung von Wasserkraft gibt es zwei Methoden: Entweder man läßt die Bewegungsenergie fließenden Wassers darüberliegende Wasserräder antreiben, wie das bei Schiffsmühlen der Fall ist und schon seit der Antike zum Hinaufschöpfen von Flußwasser in Bewässerungskanäle dient („Wasserräder am Euphrat“). Oder man wandelt potentielle Energie in Bewegungsenergie, indem man aufgestauten Wasser auf darunterliegende Wasserräder oder Turbinen leitet.

Technisch bedeutsam ist der Wirkungsgrad einer Anlage, also wieviel der potentiellen Energie zu elektrischer Energie wird. Die Kapazität ergibt sich aus Fallhöhe und Menge des je Zeiteinheit verfügbaren Wassers.

Wirtschaftlich bedeutsam ist das Verhältnis zwischen Investition und erzielbarem Netto-Ertrag. Der Investitionsbedarf wird bestimmt durch die geographischen Gegebenheiten sowie durch die Zielsetzung: Betrieb als Speicherkraftwerk mit relativ großer Fallhöhe (und meist relativ geringem Durchfluß) oder als Laufkraftwerk mit relativ geringer Fallhöhe. Diese Faktoren bestimmen auch die nötige Technik, also Bauart des Stauwerks sowie Zahl, Typ und Anordnung von Turbinen und Generatoren.

Allgemein gilt, daß mit steigender Größe die erzeugbare Strommenge stärker steigt als der Investitionsaufwand: Die Anlage wird rentabler. Dem durch die techni-

sche und wirtschaftliche Grenzen gesetzt: Das Volumen des aufgestauten Wassers nimmt stark überproportional zur Stauhöhe zu. Da aber der Stausee auch seitliche Begrenzungen braucht, sind Speicherkraftwerke nur an Engstellen oder im Gebirge möglich. Laufkraftwerke setzen ein Mindestmaß an natürlichem Gefälle voraus, weil sonst Staumauer und

Die Dauer-Subventionierung von »Öko«-Strom ist sogar umweltpolitisch kontraproduktiv

Stausee unverhältnismäßig breit oder die seitlichen Dämme zu lang wären.

Bei Speicherkraftwerken läßt sich das gestaute Wasser zum optimalen Zeitpunkt auf die Turbinen leiten, um teuren „Spitzenstrom“ zu erzeugen. Bei einer zweistufigen Anlage wie jener in Kaprun lohnt es sich sogar, mit billigem Nachtstrom aus anderen Kraftwerken das tagsüber „abgearbeitete“ Wasser nachts wieder vom unteren in den oberen Stausee zurückzupumpen! Als volkswirtschaftlichen Zusatznutzen haben alle Kraftwerke, insbesondere Speicherkraftwerke, eine Ausgleichsfunktion (Winter/Sommer, Regenperioden, Schneeschmelze) und können daher Überflutungen verhindern oder mildern – natürlich nicht bei Jahrhundert-Hochwassern. An schnellen Flüssen, etwa der Donau bis zum ungarischen Knie, erleichtern sie den Schiffsverkehr.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß „alternative“ Kleinkraftwerke zwangsläufig weniger wirtschaftlich sind und außerdem jeden volkswirtschaftlichen Zusatznutzen ausschließen. So kann eigentlich auch der jüngste Brüsseler Streich nur wenig überraschen: Eine Richtlinie fordert, daß nicht bloß die (ohnehin kaum

mehr möglichen) Neubauten, sondern auch die bestehenden Wasserkraftwerke „naturnäher“ gestaltet werden müssen! Im Klartext bedeutet das neben gigantischen Umbaukosten auch eine beträchtliche Reduktion der Strommenge, denn die Menge an „Restwasser“, das ungenutzt vorbeirint, muß drastisch gesteigert werden!

In Österreich, wo immerhin zwei Drittel der nutzbaren Wasserkraft ausgebaut sind, konnte man die unheilvolle Entwicklung besonders dramatisch miterleben. Das Speicherkraftwerk Kaprun und das erste Donaukraftwerk bei Ybbs-Persenbeug waren in den Nachkriegsjahren ebensolche Symbole neuen Selbstvertrauens wie der Wiederaufbau von Stephansdom, Oper und Burgtheater. Es folgten weitere Großspeicher in den Alpen und Laufkraftwerke an allen nennenswerten Flüssen, größtenteils finanziert durch breitgestreute „Energie-Anleihen“.

Doch in den 80er Jahren kam der große Bruch: Es gelang den neu etablierten „Grünen“, das bei Hainburg nahe der slowakischen Grenze geplante Donau-Kraftwerk zu verhindern. Angeblich, um die wertvollen Donau-Auen zu retten. Zunächst gab es Besetzungen – die wie andere illegale Aktionen seither zum Alltag gehören. Es folgte eine beispiellose Verdummungskampagne „Auf freikaufen“, bei welcher der auch heute noch grün beeinflusste staatliche Rundfunk ORF eine tragende Rolle spielte. Es ging darum, ein Stückchen wertlosen Auenwaldes an Hunderte neue Eigentümer zu verkaufen, um das für den Kraftwerksbau nötige Enteignungsverfahren praktisch unmöglich zu machen – für den Verkäufer, einen lokalen Adeligen, das Geschäft seines Lebens. Als Auen-Retter und Kraftwerks-Verhinderer wurde sogar der WWF-Präsident und Großwildjäger Prinz Philipp eingeflogen – der zufällig ein Befürworter von Atomkraftwerken ist und die Erdöl-Interessen des Windsor-Clans zu vertreten hat.

Weitere Beiträge zum Thema „Energiegewinnung der Zukunft“ folgen